

BULLETIN

NUMMER 3 | September 2007



- * 4 Energiepolitik – Gas geben beim Sparen *
- * 6 Grüne Kantonalparteien – Es grünt in Schwyz *
- * 10 Nationalratswahlen – Ohne Fleiss kein Preis *
- * 18 Regierungsrat – Panta Rhei *
- * 20 Wohnungsnot – Damit Zug Zug bleibt... *

- 3 Editorial**
Mehr Platz den Plätzen
- 4 Energiepolitik**
Gas geben beim Sparen
- 6 Grüne Kantonalparteien**
Es grünt in Schwyz
- 7 21oktober.ch**
Vote!
- 8 Rassismus**
Swissblacks
- 10 Nationalratswahl**
Ohne Fleiss kein Preis
- 11 Nationalratswahl**
Sie kandidieren, wir wählen
- 14 Nationalratswahl**
Grün und rot geschwitzt
- 16 Nationalratswahl**
Zwei Listen – eine Empfehlung
- 18 Regierungsrat**
Panta Rhei
- 20 Wohnungsnot**
Damit Zug Zug bleibt...
- 22 Kantonsrat**
Spekulieren wird billiger
- 23 Meinung**
Baum mit vielen Wurzeln
- 24 Das politische Buch**
Religion und Macht
- 25 Serviceteil**
Frontal
Kino
Veranstaltungen
Adressen
Impressum



Zugerhirschenplatzfest - Menschen statt Autos.

«Mission statement»

Das Bulletin des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri, SGA Zug/Baar.**

Das Bulletin setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz sozial Benachteiligter
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das Bulletin»

Mehr Platz den Plätzen

Astrid Estermann, Präsidentin IG Velo, Gemeinderätin Alternative, Zug | Bild Astrid Estermann

Nach vielen Jahren primär verkehrsorientierter Gestaltung erhalten Postplatz und Hirschenplatz endlich ein neues Gesicht. Der Nachteil daran ist, dass dafür ein Parkhaus mit mehr öffentlichen Parkplätzen gebaut wird.

3

Der obere und der untere Postplatz und der Hirschenplatz werden von ihren Parkplätzen befreit, und es entstehen neue Freiräume zum Verweilen, zum Kaffee Trinken und zur Begegnung. Das dafür gewählte neue Verkehrsregime wurde diesen Sommer getestet. Es hat sich gut bewährt und wird mit grosser Wahrscheinlichkeit definitiv eingeführt. Es schafft mehr Platz für Fussgänger und auch die Velofahrenden sollen bei einer definitiven Einführung zwischen oberem und unterem Postplatz zirkulieren können. Allenfalls wird damit auch der Kanton bereit sein, die Räumlichkeiten der kantonalen Verwaltung am Postplatz für einen anderen Zweck (Haus der Mitte) zur Verfügung zu stellen. Das alles ist ein schöner Fortschritt in den seit Jahren blockierten Diskussionen um Gestaltung und Funktion der beiden Plätze.

Dafür muss aber ein grosser Preis bezahlt werden: der Bau eines Parkhauses beim Hauptgebäude Post mit mehr öffentlichen Parkplätzen als heute vorhanden sind. Dieses Mehr an Parkplätzen bedeutet mehr Verkehr für die Innenstadt.

Die Position der Fraktion Alternative-CSP im Grossen Gemeinderat bei der 1. Lesung zum Bebauungsplan Post war von der Sorge geleitet, dass das Angebot an Parkplätzen mitten im Stadtzentrum ausgeweitet wird, ohne an die Folgen für die Lebensqualität der Menschen zu denken. Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass Parkplätze an den Rand eines Stadtzentrums gehören und die Innenstadt zu Fuss, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden soll. Mit dem Bau der Frauensteinmatt und

der Überbauung Belvedere sollen zusätzliche öffentliche Parkplätze nahe beim Stadtzentrum entstehen.

Seit Jahren setzen sich die Alternativen für einen attraktiven Postplatz und eine Aufwertung des Gebietes zwischen Postplatz und Aegeristrasse/Kolinplatz ein.

Der Stadtrat wollte ursprünglich 150 unterirdische Parkplätze bauen und nur deren 38 auf dem oberen Postplatz aufheben. Der Grosse Gemeinderat hat nun das Ansinnen des Stadtrates ein wenig entschärft. Die Stadt wird «nur» 100 Parkplätze im neuen Parkhaus kaufen und 60 oberirdische bei der Eröffnung aufheben, darunter sind sämtliche Parkplätze auf dem oberen und unteren Postplatz. Ausserdem wird auch der Hirschenplatz frei von Autos.

Die Fraktion der Alternative-CSP hätte es begrüsst, wenn für die 100 unterirdischen gleichzeitig 100 oberirdische Parkplätze aufgehoben worden wären. Es ist eine Binsenwahrheit, dass Autofahrende nicht gerne Parkhäuser besuchen und lieber mehrmals Runden drehen, um noch einen oberirdischen Parkplatz zu ergattern. Wären 100 von den in der Nähe vom Postplatz vorhandenen 113 oberirdischen Parkplätzen aufgehoben worden, wäre der Suchverkehr praktisch verschwunden.

Leider konnte die Mehrheit des Grossen Gemeinderates davon nicht überzeugt werden. Dem heutigen Kompromiss nicht zuzustimmen und das Referendum zu ergreifen würde aber bedeuten, dass sich das Gesicht des Post- und Hirschenplatzes bis auf weiteres nicht verändert und ein Hirschenplatzfest



Astrid Estermann, Kandidatin Nationalratswahlen 2007.

oder auch ein Postplatzfest in naher Zukunft blockiert ist.

Umso wichtiger ist es, wenn der Stadttunnel bald gebaut und nicht auf die lange Bank geschoben wird, wie dies die Zuger Regierung bekannt gegeben hat. In diesem Zusammenhang habe ich eine Interpellation beim Stadtrat eingereicht und nachgefragt, ob er sich für eine schnellstmögliche Realisierung des Stadttunnels beim Kanton einsetzt. Mit dem Stadttunnel könnte die Innenstadt und damit der Postplatz vom Verkehr befreit werden.

Ich bin dafür, dass wir die etwas schal schmeckende Pille des vorliegenden Kompromisses schlucken. Umso mehr freue ich mich bereits jetzt auf das neue Gesicht der Plätze in unserer Innenstadt. ■

Gas geben beim Sparen

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative Fraktion, Zug | Illustration SES

4 Die Welt steht vor zwei gigantischen Herausforderungen, die untrennbar miteinander verzahnt sind: die Sicherung der Energieversorgung und das rechtzeitige Abstoppen der Klimaerwärmung. Für ein reiches Land wie die Schweiz sind die Aufgaben relativ einfach lösbar – wenn nur der politische Wille dazu da wäre.

Das ist das Fazit der hochkarätig besetzten Jahres-Fachtagung der Schweizerischen Energiestiftung SES. Unter dem Tagungstitel «Mythos Stromlücke – Die Stromzukunft der Schweiz» wurde von fast einem Dutzend Referenten ein breites Feld an Fragen abgehandelt. Im Folgenden einige aus subjektiver Sicht des Autors wichtige Schlussfolgerungen.

Deutschland macht vorwärts!

Ein eindrückliches Referat von Stephan Kohler von der Deutschen Energieagentur liess keinen Zweifel, dass Deutschland vorwärts macht mit den erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und der Erfüllung der Kyoto-Ziele bzgl. CO₂-Ausstoss. Und das inklusive Festhalten an der Vereinbarung zum Ausstieg aus der Kernenergie bis 2025! Kohler erläuterte das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung vom 23.08.2007:

- bis 2020 Reduktion des Treibhausgasausstosses um 40% unter den Stand von 1990
- bis 2030 Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf 25–30%
- bis 2020 Steigerung des Anteils von Strom aus Wärme-Kraft-Kopplung an der Stromerzeugung auf 25%
- bis 2020 Steigerung des Anteils der Biokraftstoffe bei den Kraftstoffen auf 17% (energetisch).

Die Regierungserklärung vom 26.04.2007 postulierte eine Reduktion des Stromverbrauchs um 11% durch massive Steigerung der Energieeffizienz und eine Steigerung der Erneuerbaren Energien im Wärmesektor auf 14%.

Strom in Hülle und Fülle

Den Höhepunkt der Tagung setzte das Schlussreferat von Architekt und Energieplaner Conrad U. Brunner von der Schweizerischen Agentur für Energieeffizienz (www.energieeffizienz.ch). Er machte klar, dass der Wegfall des Stromimportes von französischen AKWs nicht wirklich ein Problem ist, denn erstens importiert die Schweiz in etwa gleich viel (billigen) Strom, wie sie (teuer) wieder exportiert. (siehe Stromflussdiagramm). Und zweitens ist das Einsparungspotential mit Energieeffizienz sehr gross und bis 2020 realisierbar.

Unter dem Titel «Leerlauf und Unsinn» listete Brunner die folgenden Stromverbraucher auf:

- Pumpen-Kraftwerke: 2 Terawattstunden pro Jahr (TWh/a)
- StandbyHH und Elektronik: 2 TWh/a
- Technischer Leerlauf Industrie: 5 TWh/a
- Ohmsche Wärme: 6 TWh/a
 - Widerstandsheizung
 - Rampen, Dachrinnen, Pools
 - Miese Wärmepumpen (epsilon2)

Diese Feststellung Brunners ist insbesondere von Bedeutung, weil der Sockelverbrauch an Strom während der Nacht extrem hoch ist.

Umsetzungslücke statt Stromlücke

Die Schlussfolgerung Brunners: «Wir haben elektrische Energieeffizienz als Thema und Potenzial bisher stark vernachlässigt: Weder die 40% Elektrizitätsanteil der Motoren (Pumpen, Ventilatoren, Kompressoren, mechanische Antriebe) noch die A++-Kühlschränke oder der 1-W-Standby, der 20-W-Note-

book und die Minergiebeleuchtung haben gesetzliche Mindestanforderungen oder gezielte Förderprogramme (die bei Bauten seit 20 Jahren weit verbreitet sind).»

Genau hier aber hapert es bei den kürzlich vorgestellten Aktionsplänen von Bundesrat Leuenberger: Die Ziele bei Energieeffizienz, CO₂-Reduktion und Stromverbrauch hinken weit hinter denjenigen Deutschlands zurück!

Windenergie mit Zukunft

Die Windenergie ist wesentlich weiter, als dies bei uns in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird – auch in der Schweiz. Dass die Schweiz für Windenergie im grösseren Massstab ungeeignet ist, wurde vom Geschäftsführer der Schweizerischen Windenergievereinigung («Suisse Eole»), Robert Horbaty, glaubwürdig widerlegt. Mit der kostendeckenden Einspeisevergütung ab 1.1.2008 kann auch die Windenergie bei uns «abheben», so wie sie es in einigen europäischen Ländern – allen voran Deutschland und Dänemark, schon getan hat. Das vorsichtig abgeschätzte Potential bei Berücksichtigung von weitreichenden Einschränkungen bei der Standortwahl liegt bei 4'000 GWh. Das entspricht der Leistung eines kleineren Atomkraftwerkes.

Zu wenig Uran

Und wie steht es mit dem Rohstoff für AKWs, dem Uran? Die AKW haben heute nur einen kleinen Anteil an der Stromerzeugung weltweit. Gibt es Uran, um diesen Anteil zu erhöhen? Die heute bekannten Reserven an Uran, welche bis zu einem Preis von maximal 130 US-\$/kg abbaubar sind, beziffern sich auf 3,3 Mio. t. Beim derzeitigen weltweiten Verbrauch von 65'000 t/a reicht das noch für ca. 50 Jahre. Weiter gibt es vermutete Reserven mit abschätzbarem Gewinnaufwand

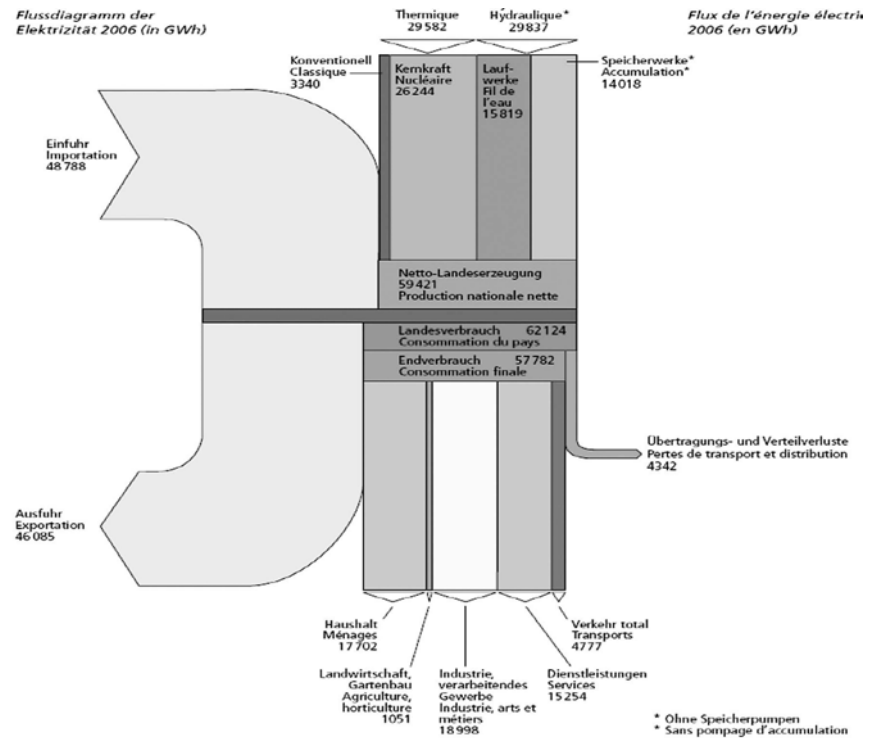
von ca. 1,3 Mio. t. Das wären nochmals weitere 20 Jahre. Mehr Reaktoren würden diese Reichweite reduzieren. Wollte man heute den Primärenergieverbrauch von Erdöl durch AKWs substituieren, reichte das Uran maximal 10 Jahre. Damit war die Frage nach einer Renaissance der Kernkraft abschliessend beantwortet.

Denklücke

Dass es politisch gesehen beim Thema Energie zwar keine Stromlücke, aber eine Denklücke gibt, erläuterte der Präsident der Schweizerischen Energiestiftung, der Grüne Aargauer Nationalrat Geri Müller:

«Die Stromlücke ist eine Denklücke. Erfunden in der Werbeabteilung der Atomlobby, soll uns die vermeintliche Stromknappheit gefügig machen für die Fortsetzung einer verfehlten Strompolitik. Dafür ist jedes Mittel recht. Zum Beispiel hat das Nuklearforum Schweiz, der Schweizer Atomlobbyverein, die Dienste von Burson-Marsteller (B-M) in Anspruch genommen. B-M ist eine der grössten PR-Agenturen der Welt, die im Stande ist, Unwahrheiten glaubwürdig zu machen. Zu ihren Kunden gehören der chilenische Ex-Diktator Pinochet, die US-Regierung für die Reinwaschung des Irakkriegs sowie Chemiekonzerne für Gentechnologie-, oder neu ‚Bio-Tech‘-Kampagnen. (...)

Bereits zum vierten Mal sieht sich die Schweizer Bevölkerung mit der so genannten Stromlücke konfrontiert. Wie heute, ging es auch in den 70ern, den 80ern und 90ern um den Bau von neuen AKWs. So schreibt zum Beispiel der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE im September 1987: «Die Stromlücke erreicht bis zum Winterhalbjahr 2004/2005 ein Ausmass von 4,3 Mia KWh (...) Ohne Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Kaiser-



Wie der Strom fliesst – und weshalb AXPO und Co. unbedingt neue AKWs wollen. Es geht nur ums Geld.

augst wird die Lücke sogar 7,2 Mia KWh (ca. AKW Gösgen) betragen». Die Realität ist anders. Kaiseraugst wurde nicht gebaut, was den Bund damals 350 Mio. kostete, und niemand musste im Winter 2004/2005 kalten Kaffee trinken.

Heute produzieren die in der Schweiz stehenden Kraftwerke ungefähr so viel Strom, wie die Bevölkerung verbraucht (58 Terawattstunden TWh). Mit dem Atomstrom aus Frankreich (+20 TWh), haben wir heute in der Schweiz einen Produktionsüberhang von 2½ AKW Gösgen. Rechnen wir sämtliche von Schweizer Stromfirmen im Ausland gebauten oder geplanten Kraftwerke ebenfalls dazu, wird die Schweiz bis im Jahre 2010 mindestens 100 TWh Stromproduktion ihr Eigen nennen dürfen. Wo ist da die Lücke? (...)

Die Vollversorgung mit sauberem Strom ist keine Frage der Potenziale, sondern eine Frage des poli-

tischen Willens und der politisch festgelegten Preise. Solange Atom-, Gas- und Kohlestrom ihre Vollkosten (Klimaschäden, Haftpflicht, Atommüllverwahrung) nicht tragen müssen, sind die Spiesse für die neuen Technologien kurz. Das muss sich nun auch in der Schweiz ändern.

Nur halb so teuer wie der Bau von neuen Kraftwerken sind Effizienzmassnahmen, welche den Energieverbrauch reduzieren. So reichen beispielsweise ein Standby-Verbot, beste Elektrogeräte und effiziente Beleuchtung aus, um Beznau 1 und 2 einzusparen. Ersetzen wir dann noch die 170'000 Elektroheizungen durch Holzheizungen oder Erdwärmepumpen, so können wir auch Gösgen abstellen. Und das Schöne dabei: Statt das Geld für Uran und Gas in den Kreml zu schicken, bleibt es in der Schweiz und schafft dauerhafte Arbeitsplätze.» ■

Es grünt in Schwyz

Stefan Hodel, Alternative Zug, GGR-Präsident | Bild Grüne Schwyz

6 **Sommersonnenwende, 21. Juni 2007: Das Tanklager einer Heizölfirma beim Bahnhof Goldau, inmitten von riesigen Nagelfluhblöcken - Überbleibsel des Bergsturzes von 1806. Diesen Ort hat sich eine Gruppe von politisch Interessierten ausgesucht, um die Grünen Schwyz aus der Taufe zu heben.**



Tank, Truck und Treibhaus: Viel Symbolik zur Taufe der Grünen Schwyz.

«Grün ist in, Grün ist frisch, Grün ist ganz einfach Mode» - dies ist der erste Satz der Einladung zur Gründung der Grünen Schwyz. Grün ist nicht die einzige Farbe am Ort des Geschehens: Neben den grossen Öltanks rostet ein alter Truck vor sich hin, ein ausgerangiertes Wohnmobil hat auch schon bessere Zeiten gesehen, der Kiesplatz wurde wohl vor einigen Wochen durch Unkrautvertilger kahl gespritzt, das Kies ist fleckig von Altöl. An einem der Öltanks prangt das Plakat der Grünen Schwyz mit der schmelzenden Erde auf dem Glacé. Diesen Ort mit einer grossen Symbolik haben die Initianten der Grünen Schwyz ausgewählt, um ihre Partei aus der Taufe zu heben. Der Anlass ist sehr gut vorbereitet. Ein kleines mobiles Treibhaus ist aufgestellt. Ein reichhaltiges Buffet wartet auf hungrige Mäuler. Die kleine Grup-

pe der Anwesenden setzt sich zusammen aus den drei Gründern und deren Bekannten. Der sehr gut gemachten Einladung sind leider nur wenige weitere Interessierte gefolgt. Die Delegation aus dem Nachbarkanton Zug ist mit Stefan Hodel und Marianne Zehnder, beide Mitglieder des Zuger Stadtparlaments, gut dotiert. Schade, dass sich die Presse nicht blicken lässt: Die Journalisten sind damit beschäftigt, die Folgen der Überschwemmungen unweit von Einsiedeln festzuhalten.

Wer steckt dahinter?

Die Gründungs«väter» decken ein grosses Altersspektrum ab: Der 56-jährige Toni Reichmuth bringt einiges an Lebenserfahrung mit. Er ist im Zentralvorstand des Vereins «Ärzte und Ärztinnen für den Umweltschutz». Der 35-jährige Elektroingenieur Beat Menzi

kommt aus Ausserschwyz. Seine Vision ist die 2000-Watt-Gesellschaft. Der Jüngste im Bunde ist der 19-jährige Stefan Scheidegger aus Pfäffikon. Er wird Gesellschafts- und Kommunikationswissenschaften studieren und kann als Präsident des Vorstandes und Verantwortlicher für die Kommunikation nun bereits erste Erfahrungen sammeln. Bei der Mobilität vertraut er auf seine Füsse, das Velo und den ÖV. Nachdem das Kritische Forum Ibach, eine linke Bewegung rund um den jetzigen Caritas-Direktor Jürg Krummenacher, schon vor vielen Jahren seine Tätigkeit eingestellt hat, gibt es durchaus Platz für eine linksgrüne Gruppierung in diesem Kanton im Herzen der Schweiz. Zu hoffen ist, dass sich im Laufe der Monate auch die Grünen Schwyz zu einer namhaften Gruppierung entwickeln können, der es gelingt, etwas zu bewegen. Nun, die Zuger Alternativen haben ja auch mal klein begonnen...

Nationalratswahlen

Die Grünen Schwyz werden in diesem Herbst an den Nationalratswahlen teilnehmen. Nominiert wurden die drei Vorstandsmitglieder und Frau Brigitta Michel Thenen. Die 44-jährige Mutter wohnt in Rickenbach und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Departement des Innern des Kantons Zug. Nun, einen Nationalratssitz werden die Grünen Schwyz dieses Jahr wohl kaum erobern, aber dank der Listenverbindung mit der SP kann der Sitz von Andy Tschümperlin, Nachfolger der verstorbenen Josy Gyr, hoffentlich gehalten werden. Andy Tschümperlin arbeitet übrigens als Schulleiter in Zug. Seine Wiederwahl gibt uns Zugern somit die Möglichkeit, doch etwas mehr als nur drei Nationalratssitze zu besetzen... ■

Vote!

Philippe Koch, Redaktor BULLETIN | Bild BULLETIN

PolitikerInnen blicken seit den Sommerferien immer öfters von Plakatwänden, stehen mit Flugblättern in den Händen auf den Plätzen und in den Einkaufspassagen dieses Landes und gehen mit einem halb natürlichen, halb gestellten Lächeln auf die BürgerInnen zu. Es ist Wahlkampf. Am 21. Oktober wählen die Stimmberechtigten ihre RepräsentantInnen im Nationalrat für die nächsten vier Jahre.



Die «Kampagnenbewegung: 21. Oktober – besser wählen» will die Wahlbeteiligung der 18- bis 25-Jährigen erhöhen.

Vor vier Jahren haben sich weniger als die Hälfte entschieden, politisch mitzubestimmen. Bei jungen Erwachsenen war die Beteiligung noch geringer. Daher kann der genaue Betrachter oder die genaue Betrachterin beim Spaziergang durch die Stadt zwischen den PolitikerInnen auch junge Menschen erkennen, die nicht für sich, sondern für das Wählen Wahlkampf betreiben. Die «Kampagnenbewegung: 21. Oktober – besser wählen» will nicht einer Partei zum Erfolg verhelfen, sondern die Wahlbeteiligung der 18- bis 25-Jährigen erhöhen. Dies ist das erklärte Ziel der beiden Initiatoren Lorenz Keller und Christian Müller und der von ihnen gegründeten Organisation.

Das Wählen wählen

Der öffentliche Auftritt entspricht auf den ersten Blick dem von anderen politischen Gruppierungen, jedoch mit einem aber sehr wichtigen Unterschied: Es werden

nicht politische Antworten auf gesellschaftliche Probleme versprochen und verteilt, sondern die Politik in alltäglichen Situationen dargestellt. In Webfilmen, Videoblogs, Zeitungen und öffentlichen Auftritten wird gezeigt, wie und wo das tägliche Leben von politischen Entscheidungen durchdrungen ist. Die Informationen sind beschreibend, somit auch parteiunabhängig und enthalten keine politischen Empfehlungen. Politische Aufklärung und Sensibilisierung ist das Ziel der Kampagne, mit der Überzeugung, dass sich die Gesellschaft verändern wird, wenn mehr junge BürgerInnen ein politisches Bewusstsein entwickeln und in die Politik einbringen werden. Während in der medialen Öffentlichkeit vermehrt von Eigeninteressen, Ich-AGs und Nutzenmaximierung gesprochen wird, finden sich etwa fünfzig junge Menschen zusammen, arbeiten freiwillig und ohne unmittelbar ersichtlichen, per-

sönlichen Nutzen an der Verbesserung der politischen Partizipation der Bürger – erstaunlich.

7

Parteilpolitische Heimatlosigkeit

Konfrontiert mit meinem Erstaunen, findet Susanne Rebsamen, eine Mitstreiterin der Kampagne, nicht gleich eine geschliffene und abschliessende Erklärung. Die Lust an der Politik sei immer wieder durch ihre parteipolitische Heimatlosigkeit gedämpft und gebremst worden, so dass sie sich nie richtig politisch engagieren wollte. Und dies sei denn auch das Verbindende der verschiedenen Menschen in der Kampagnenbewegung, so Susanne Rebsamen. Alle seien sich über die Wichtigkeit der Politik einig, doch kaum einer könne sich mit den etablierten politischen Parteien und Arenen identifizieren. Zu sehr dominierten parteipolitische Rangeleien und strategische Entscheidungen, dadurch gingen die elementaren Ziele demokratischer Politik vergessen, nämlich die gemeinschaftliche Lösung von geteilten Problemen. In den Worten und Handlungen der Engagierten scheint sich ein politisches Bewusstsein zu artikulieren, das sich zwar für die Stärkung bestehender Formen politischen Verhaltens einsetzt, sich aber gleichzeitig explizit gegen die etablierten Akteure und deren Auftreten wendet. Das primäre Ziel der Kampagne ist zwar die Erhöhung der Wahlbeteiligung, doch eigentlich betreibt sie die politische Bildung, welche die Volksschule seit Jahrzehnten vernachlässigt. Was nach dem 21. Oktober mit der Kampagnenbewegung passiert, ist noch offen. Es ist anzunehmen, dass die MitstreiterInnen auch nach den Wahlen ihrer politischen Heimatlosigkeit treu bleiben und weiterhin für die Politik Wahlkampf betreiben werden. Mehr Infos unter: www.21oktober.ch ■

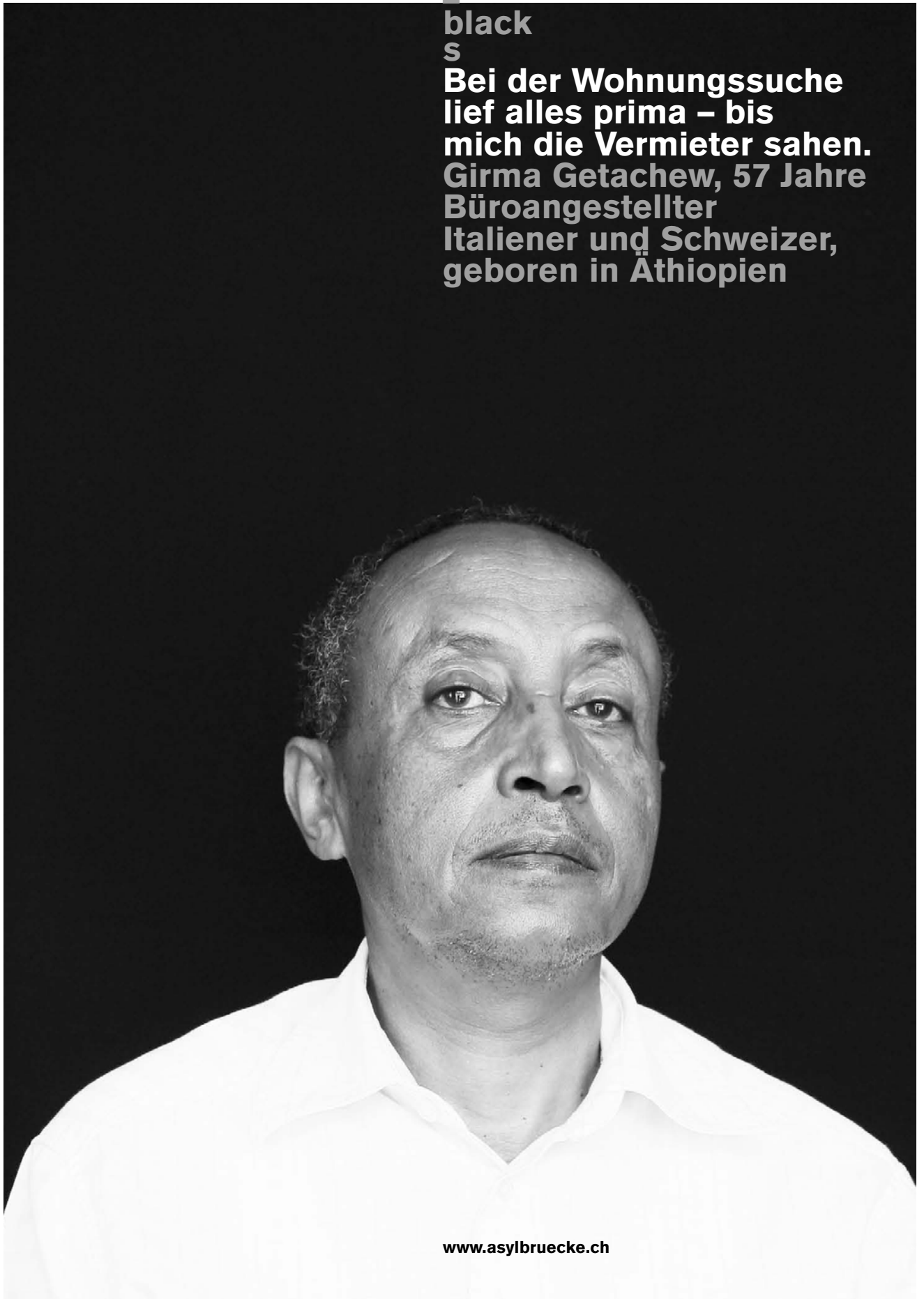
Swissblacks

Schwarze Menschen in der Schweiz – eine sichtbare Realität swiss

black
s

**Bei der Wohnungssuche
lief alles prima – bis
mich die Vermieter sahen.
Girma Getachew, 57 Jahre
Büroangestellter
Italiener und Schweizer,
geboren in Äthiopien**

8



www.asylbruecke.ch

Eine Ausstellung mit Fotos und ein Film rund um den internationalen Menschenrechtstag zeigen das Leben von schwarzen Menschen im Kanton Zug, der Schweiz und Europa. Das Projekt «Swissblacks» setzt dort an, wo Schwarze mit Vorurteilen, Klischees oder Rassismus konfrontiert werden.

Die Britisch-Schweizerische Handelskammer und die Handelskammer beider Basel haben gegen das Plakat zur SVP-Ausschaffungsinitiative protestiert. Denn ihre farbigen MitarbeiterInnen fühlen sich durch die Darstellung des ausgestossenen schwarzen Schafs persönlich betroffen. Dieses Beispiel zeigt, wie eine politische Kampagne auch in Wirtschaftskreisen für Aufruhr sorgen kann. Tatsächlich sind Respekt und Gleichberechtigung für schwarze Menschen in der Schweiz noch keineswegs alltäglich. Sei es an der Arbeit, bei der Wohnungssuche, in der Schule, am Bahnhof und im Ausgang – oft werden Schwarze mit Vorurteilen, mit Klischees oder gar mit Rassismus konfrontiert. Hier setzt das Projekt «Swissblacks» an. Politikampagnen mit anti-schwarzen Untertönen und offen rassistische Äusserungen von PolitikerInnen betreffen nur einen Bereich der Problematik. Weil das BULLETIN eine politische Plattform ist, seien hier jedoch solche Beispiele angeführt. Wer mehr über die Realität der «Swissblacks» erfahren will, besuche die Ausstellung im Dezember im GIBZ (siehe Kasten).

Schwarze Schafe

Das aktuelle Schwarze-Schafe-Plakat ist kein Einzelbeispiel. Im 2003 sorgte eine Plakatkampagne der SVP St. Gallen mit dem Spruch «Wir Schweizer sind immer mehr die Neger» für Furore. Auch andere Parteien unternehmen immer wieder diffamierende Aktionen gegenüber der schwarzen Diaspora. So hetzt die Berner Freiheits-Partei derzeit gegen den

schwarzen Bieler SP-Grossrat Ricardo Lumengo. Und der Tessiner Lega-Präsident Giuliano Bignasca hat verlauten lassen, es gebe in der Schweizer Fussball-Nati zu viele dunkelhäutige Spieler.

Grenzen der Meinungsfreiheit

Unlängst stellte der Uno-Sonderberichterstatter Doudou Diène fest, dass Rassismus in der Schweiz verharmlost werde. Dies habe insbesondere damit zu tun, dass rassistisches Gedankengut in demokratische Parteien und in ihre Abstimmungs- und Wahlkämpfe Eingang finde. Tatsächlich hatte der Verein CRAN (Carrefour de Réflexion et d'Action contre le racisme anti-noir) angesichts der SVP-Plakate lange vergeblich zu einer Gegenbewegung aufgerufen. Dabei werfen solche Kampagnen die Frage auf, wo die Grenzen der Meinungsfreiheit gezogen werden können. Stattdessen wird jedoch über die Abschwächung oder sogar die Abschaffung des Antirassismuses diskutiert.

Strukturelle Diskriminierung

Es geht allerdings nicht nur um einen Rassismus, der einklagbar ist. Auch strukturelle Diskriminierung in Form von Nichtanerkennung der in den Heimatländern erworbenen Bildungsabschlüsse stellt ein Integrationshindernis dar. Es ist kaum bekannt, dass viele Menschen schwarzafrikanischer Herkunft über einen akademischen Abschluss verfügen. Anders in Österreich, dort zeigt die Kampagne Black Austria auf, dass 75 Prozent der in Wien lebenden AfrikanerInnen Matura und 33 Prozent einen Universitätsab-

schluss haben. Bedauerlicherweise wurde ein solches Potential in der Schweiz bisher nicht gefördert. Umso mehr gilt es, jene Momente hervorzuheben, in welchen die Schweiz ihre schwarzen EinwohnerInnen als gleichwertige Mitglieder dieser Gesellschaft anerkennt: zum Beispiel anlässlich der Wahl des «Mister Suisse Romande» 2006/07, des dunkelhäutigen Delmarque Vilela. ■

Swissblacks - ein Projekt von NCBI Zentralschweiz und Asylbrücke Zug in Zusammenarbeit mit FilmliebhaberInnen Zug (FLIZ), Integrationsnetz und der Amnesty-Regionalgruppe Zug. 10.12.2007: Vernissage der Ausstellung im GIBZ und Film «Black Deutschland» im Kino Gotthard (mit Regisseur Oliver Hardt).

Ohne Fleiss kein Preis

Hanspeter Uster, Leiter Wahlkampagne Alternative Kanton Zug | Bild Alternative Kanton Zug

10

Wir schaffen es – aber wir müssen dafür arbeiten! Ganz ähnlich lautete der Titel in meinem Editorial, das ich für das letzte Bulletin schrieb. Und auch wenn es nicht zur grossen bürgerlichen Listenverbindung gekommen ist:



Grosser Alternativer Aktionstag

Samstag, 29. September 2007, 10h bis 16h, Metalli-Platz
(Richtung Neustadt-Center) und Landsgemeindeplatz (9h bis 12h)

Die Grünen stehen für den Schutz der Umwelt und des Klimas. Deshalb sammeln wir für die Klima-Initiative Unterschriften.

Wir Alternativen sind die Grünen des Kantons Zug – und schenken Ihnen ein Glacé, zusammen mit dieser Karte. Wir danken Ihnen für die Unterstützung unserer Kandidatinnen und Kandidaten:

LISTE ALTERNATIVE KANTON ZUG

Josef Lang	Nationalrat, bisher
Astrid Estermann	Gemeinderätin
Anna Lustenberger	Kantonsrätin

LISTE JUNGE ALTERNATIVE

Lea Zehnder	ehem. Gemeinderätin
Andy Hürlimann	Kantonsrat
Rupan Sivaganesan	Kantonsrat

ALTERNATIVE KANTON ZUG



Wir müssen um unseren Sitz kämpfen! Denn die Listenverbindung von SVP, FDP und CVP hätte zur Folge gehabt (wäre sie zustande gekommen), dass liberale Freisinnige und sozial eingestellte CVP-Leute sich kaum dafür hergegeben hätten, mit ihrer Stimme letztlich den Sitz von Marcel Scherer zu sichern. Nun profiliert sich jede der bürgerlichen Parteien selber, und die CVP wird durch die Ablehnung der Listenverbindung eher als Mittelpartei wahrgenommen; trotz ihres Spitzenkandidaten, der im ParlamentarierInnen-Rating am rechten Rand der CVP politisiert, ganz in der Nähe der SVP. Dazu kommt, dass die FDP ihren vor vier Jahren verlorenen Sitz unbedingt zurückerobern will; sie investiert dafür viel Geld. Punkto Geld können wir nicht mithalten; umso stärker müssen wir die Herausforderung annehmen und auf andere Art Präsenz markieren.

Deshalb gehen wir Alternativen zu den Menschen, auf Marktplätze, an Anlässe, machen am Samstag, 29. September 2007, auf dem Metalli-Platz in Zug einen Aktionstag (von 10 bis 16 Uhr).

Alle sind eingeladen, für die Klima-Initiative zu sammeln und für die neu lancierte Initiative «Schutz vor Waffengewalt»: Und auch unser Give-away ist etwas, was konkret mit unserer Politik verbunden ist. Wir verteilen, zusammen mit der abgebildeten Karte, ein Glacé an die Leute, mit denen wir ins Gespräch gekommen sind. Ein interaktiver Wahlkampf also, kein blosses Verteilen von Werbematerial. Natürlich haben wir einen Flyer und Plakate, auf die wir grafisch und inhaltlich stolz sein können. Aber entscheidend sind die Gespräche, die alle Alternativen im Kanton Zug mit unzähligen Menschen führen, um ihnen unsere Politik näher zu bringen und sie zu überzeugen, eine unserer Listen einzuwerfen. ■

Sie kandidieren, wir wählen

Bilder Alternative Kanton Zug

Jo Lang: Liste 1 «Alternative Kanton Zug»



Für Frieden, gegen Gewalt

«Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.» Wie recht der Friedensnobelpreisträger Willy Brandt hatte, zeigen die verheerenden Folgen des Irakkrieges und die Entwicklung in Afghanistan. Der sogenannte «Krieg gegen den Terror», bei dem es weder um Demokratie noch um Menschenrechte, sondern um Rohstoffe und strategische Macht geht, fördert die weltweite Aufrüstung – und den Terrorismus.

Zivile Solidarität

Die Schweiz darf sich an den Kriegen anderer Länder weder direkt mit Militärs noch indirekt mit Waffen beteiligen. Das heisst: keine Soldaten ins Ausland schicken und kein Kriegsmaterial exportieren. Statt dessen müssen die Schweizer Offiziere aus Afghanistan zurückgeholt und die ausgemusterten Panzer verschrottet werden. Die Schweiz soll der Welt ihr Bestes zur Verfügung stellen: das zivile Friedenshandwerk. Auch zugunsten der eigenen Sicherheit.

Schutz vor Waffengewalt

In der Schweiz selber bilden die Schusswaffen das grösste Sicherheitsrisiko. Jährlich kosten sie 300 Menschen das Leben. Gross ist die Dunkelziffer der Drohungen gegen Frauen und Kinder. Wir Alternativen sammeln deshalb Unterschriften für die Volksinitiative «Schutz vor Waffengewalt». Zur wirksamen Eindämmung der Jugendgewalt setzen wir nicht auf Gefängnisstrafen für 14-jährige, sondern auf liberale Alternativen. Beispielsweise auf «Peacemakers» (Friedensstifter), die sich an Zuger Schulen bereits bestens bewährt haben.

Der kleine Unterschied

Das Umweltrating belegt, wie sich die Zuger Nationalräte für die Umwelt einsetzen:
Jo Lang 100%, Gerhard Pfister 5%, Marcel Scherrer 0%

Lea Zehnder: Liste 2 «Junge Alternative»

11



Jugendpolitik mit Hand und Fuss

Jugendpolitische Anliegen bilden nicht gerade die Mehrheit der politischen Geschäfte in unserem Land. Umso mehr setzt sich die Alternative Kanton Zug mit Nachdruck für die Interessen der jungen Generation ein.

Junge Alternative Kanton Zug

Ein Resultat war meine Wahl zur jüngsten Gemeinderätin der Stadt Zug. Neben der eigentlichen Arbeit im GGR verfolgte ich damit auch das Ziel, Jugendlichen die Wirkungsweise der Politik aufzuzeigen und sie für ein eigenes politisches Engagement zu gewinnen. Inzwischen sind wir Jungen bei den Alternativen Kanton Zug derart stark vertreten, dass wir mit einer eigenen Liste «Junge Alternative» zu den Nationalratswahlen antreten.

Gleich lange Spiesse bei der Ausbildung

Zu unseren politischen Zielen gehören Arbeits- und Bildungsfragen, wo wir mit klaren Forderungen die Stellung von Lehrlingen und Studierenden verbessern wollen:

- Anreize für Unternehmen schaffen, damit sie Lehrstellen auch mit Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit einer Note unter 5 besetzen. Die Selektion in «Supergescheite» und in «Taugenichtse» ist sozialer Sprengstoff für unsere Gesellschaft.
- Zukunftsgerichtete Investitionen in Bildung und Forschung und deren gerechte Verteilung unter den verschiedenen Bildungsakteuren der Schweiz.
- Ein auf nationaler Ebene harmonisiertes Stipendienwesen mit Mindeststandards, um die soziale Gerechtigkeit im Bildungswesen zu fördern.
- Bildungsdarlehen sind abzulehnen, denn Studierende aus finanziell schwächer gestellten Familien sollen nicht mit einem Schuldenberg ins Berufsleben starten müssen. Es ist eine alte Wahrheit: «Wissen ist das einzige Gut welches sich vermehrt, wenn man es teilt.» (Marie von Ebner-Eschenbach).

Rupan Sivaganesan: Liste 2 «Junge Alternative»



12

Altersgerechtigkeit und ein Generationenvertrag

Der älteren Generation geht es so gut wie nie zuvor. Das verdankt sie hauptsächlich der AHV. Diese erste allgemeine Sozialversicherung war vor bald 60 Jahren der Auftakt zum Generationenvertrag – nun müssen wir sie weiterhin pflegen.

Selbstständigkeit erhalten

Das Alter hat aber auch Schattenseiten: gesundheitliche Risiken sowie Vereinsamung, Depression und Alterssuizid. Eine altersgerechte Gesundheitsvorsorge ist deshalb eine Herausforderung, die wir angehen müssen. Die weitgehende Selbstständigkeit eines Grossteils der älteren Generation ist nicht zuletzt der Spitex zu verdanken. Diese und andere Alternativen zum Eintritt ins Heim sollen weiter gefördert werden.

Anerkennung älterer Menschen

Ältere Menschen sollen ihre Talente und Erfahrungen vermehrt einbringen können. Einzelne gute Ansätze sind national und international bereits vorhanden. Senioren und Seniorinnen hüten Kleinkinder, pflegen Kranke, unterrichten Deutsch für Migranten oder unterstützen Jugendliche bei der Stellensuche. Auch in Zug braucht es entsprechende Sozialprojekte, die solche Engagements fördern und koordinieren – dafür setzen wir Alternativen uns ein. Die Anerkennung und Selbstverwirklichung älterer Menschen ist wichtig für den sozialen Zusammenhalt und eine Ressource, von der wir jüngeren Menschen profitieren können. Neben den ökologischen kommen grosse demografische Herausforderungen auf uns zu. Wir sollten uns jetzt darum bemühen, die Ressourcen und Bedürfnisse aller Mitmenschen aufzunehmen und einzubeziehen. Dies im Sinne eines sozialen Generationenvertrags.

Astrid Estermann: Liste 1 «Alternative Kanton Zug»



Klima und Umwelt schützen

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und das Lebensrecht zukünftiger Generationen sind die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Auch die Schweiz muss ihren Beitrag dazu leisten. Seit Rio ist der CO₂-Ausstoss trotz Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls gestiegen. Deshalb ist es wichtig, dass wir mit grösstmöglicher Entschiedenheit handeln und uns für eine ökologisch konsequente Politik einsetzen. Konkret bedeutet dies:

Zukunftsgerichtete Verkehrsplanung

- Weitere Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Fuss- und Radverkehrs. Lücken in diesen Mobilitätsketten sollen geschlossen werden. Dazu gehören die Realisierung des Zimmerbergtunnels und der Ausbau der Stadtbahn.
- Konsequente Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und Erhöhung der LSVA.
- Neubauquartiere müssen sofort an den öffentlichen Verkehr angeschlossen werden.

Kein Wildwuchs beim Bauen

- Der Raumbedarf fürs Wohnen nimmt ungebremst zu. Die Bauzonen müssen deshalb begrenzt werden, und es ist eine strikte Einhaltung von Bauzonen und Nicht-Bauzonen vorzunehmen.
- Die Lex-Koller ist beizubehalten oder durch andere geeignete Massnahmen zu ersetzen, damit dem Zweitwohnungsbau Einhalt geboten werden kann.
- Publikumsintensive Nutzungen sind nicht auf der grünen Wiese zu erstellen. Denn Naherholungsgebiete sind für die Lebensqualität zentral.
- Die Harmonisierung der Steuern trägt dazu bei, dass der Bauboom an steuergünstigen Standorten gestoppt werden kann und der Wohnraum für alle bezahlbar bleibt.

Der kleine Unterschied

Grüne und Alternative setzen auf eine grenzübergreifende Zusammenarbeit für effektiven Klima- und Umweltschutz. Derweil opponiert die SVP gegen Völkerrecht und Europaflaggen. Was ist wohl wichtiger für die Zukunft?

Andreas Hürlimann: Liste 2 «Junge Alternative»



Wirtschaft und Umwelt als untrennbare Einheit

In Forschung und Entwicklung von zukunftsweisenden Umwelttechnologien ist die Schweiz top. Die Umweltmärkte in der Schweiz wachsen jedoch längst nicht so rasch wie in den Nachbarländern. In der wirtschaftlichen Nutzung der an unseren Hochschulen erforschten neuen Technologien liegt ein grosses Wachstumspotenzial. Intelligente und nachhaltige Anreizsysteme würden der Schweizer Wirtschaft zu einem Boom in Umwelttechnologien verhelfen und viele neue Arbeitsplätze schaffen.

Boommarkt Umwelttechnologien

Deutschland macht es vor: Bereits heute arbeiten dort mehr Menschen in den Bereichen Umwelttechnik und erneuerbare Energien als in der Atom- und Kohleindustrie zusammen. Alleine im Ökostrombereich wurden in den letzten zehn Jahren 120'000 Arbeitsplätze geschaffen. Wenn die erneuerbaren Energien in unserem Nachbarland weiter so boomen, werden es in vier Jahren 400'000 Arbeitsplätze sein.

Langfristiges Wirtschaftswachstum

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist für eine langfristig gesunde Wirtschaftsentwicklung unabdingbar. Die technische Innovation muss forciert werden, damit zukünftiges Wirtschaftswachstum nicht automatisch eine weitere Zerstörung der Natur nach sich zieht. Auch sinnvolle und verursachergerechte Steuerungsinstrumente wie die CO₂-Lenkungsabgabe sind so rasch wie möglich umzusetzen.

Ganzheitliche Sichtweise

Eine nachhaltige Umwelt-, Energie- und Wirtschaftspolitik bringt weitere gewichtige Vorteile: Sie erspart Wirtschaft und Haushalte jedes Jahr Energieausgaben in Milliardenhöhe, reduziert die Gesundheitskosten und schützt weltweit Klima und Atemluft.

Anna Lustenberger: Liste 1 «Alternative Kanton Zug»



Chancengleichheit löst Probleme

Alle Kinder, Frauen und Männer haben das Recht auf ein Leben in Würde. Voraussetzungen dafür sind die Stärkung der Familie, die Integration von Menschen mit Behinderungen und die Bekämpfung der weltweiten Armut.

Stärkung der Familie

Viele Familien geraten durch hohe Krankenkassenprämien und steigende Mieten in finanzielle Schwierigkeiten. Dadurch steigen auch die sozialen Probleme. Diese Familien müssen landesweit gestärkt werden durch geeignete Massnahmen:

- Ausbau der zahlbaren familienergänzenden Kinderbetreuung und Ausbau der Tagesschulen.
- Stärkere Verbilligung der Krankenkassenprämien für Familien.
- Anrecht auf Ergänzungsleistungen für Kinder in prekären Verhältnissen, analog den Leistungen für betagte Menschen.
- Eine Siedlungspolitik, die den für Kinder wichtigen naturnahen Flächen in und um Wohnbauten genügend Gewicht gibt.

Arbeit in Würde

Menschen, welche dem heutigen Arbeitstempo nicht gewachsen sind, werden schnell ins Abseits gestellt. Um ihre gesellschaftliche Akzeptanz und ihr Selbstwertgefühl zu fördern, müssen Menschen mit psychischen und physischen Behinderungen vermehrt im normalen Arbeitsmarkt integriert werden. Dafür braucht es Anreize für Arbeitgeber, leistungsschwächere Mitarbeitende weiter zu beschäftigen. Dies würde auch die IV entlasten, welche als Existenz sichernde Rente gestärkt werden muss.

Weltweite Solidarität

Die Globalisierung vergrössert das Problem der weltweiten Armut. Die Schweiz gibt bis jetzt nur gerade 0,39 Prozent des Bruttoinland-Produkts für Entwicklungshilfe aus. Wir Alternative unterstützen eine Aufstockung auf 0,7 Prozent. Damit könnte als Nebeneffekt auch Kriegen, Terrorismus und Flüchtlingsströmen vorgebeugt werden.

Der kleine Unterschied

Um die Familien zu schützen, unterstützen die Alternativen die «Volksinitiative für den Schutz vor Waffengewalt». Sie verlangt, dass die Ordonnanzwaffen im Zeughaus gelagert werden. Die bürgerlichen Zuger Nationalräte lehnen dies ab.

Grün und rot geschwitzt!

Bilder BULLETIN

14

Am Sponsoring-Event vom 8. September haben sich die Alternativen am Zuger Seeufer für die NationalratskandidatInnen ins Zeug gelegt. Das «erschwitzte» Geld finanziert einen Grossteil der alternativen Wahlkampagne.





Zwei Listen - eine Empfehlung

Hanspeter Uster, Leiter Wahlkampagne Alternative Kanton Zug | Bilder Alternative Kanton Zug

16

Als Jo Lang vor vier Jahren in den Nationalrat gewählt wurde, wussten wir, dass er sich nicht mit einer Hinterbänkler-Rolle zufrieden geben wird. Folgerichtig etablierte er sich im Nationalrat sehr schnell als sicherheits- und friedenspolitischer Sprecher der Grünen.

Aufgefallen ist Jo Lang aber auch durch die aussergewöhnliche Breite von Themen, bei denen er sich mit viel Dossierkenntnis und klaren Standpunkten engagiert. Zum Beispiel:

- für eine gesunde Umwelt- und Klimapolitik ohne Gentechnologie und Ölabhängigkeit;
- für die Förderung der Solarenergie statt neuer Atomkraftwerke;
- für den Ausbau der Bahnlinie von Zürich nach Luzern mit durchgehender Doppelspur;
- für die Erhaltung der AHV ohne Abstriche;
- für den Schutz vor Waffengewalt und die Verbannung der Ordnungswaffe ins Zeughaus;
- für die Stärkung des Bildungswesens, vor allem der Berufsbildung;
- für eine echte Integrationspolitik und eine faire Einbürgerungspraxis;
- für wirksame Massnahmen gegen die Gewalt an Frauen.

Eine reife Leistung

Während der Legislatur machte die Berner Zeitung ein Rating aufgrund qualitativer Kriterien. An erster Stelle der Neumitglieder des Nationalrates setzte sie Jo Lang mit der Begründung, es sei «eine reife Leistung», dass ein «Newcomer» in so kurzer Zeit «derart klare Zeichen» setze. Wohl die grösste Stärke von Jo Lang ist die Kommunikation über alle Parteigrenzen hinweg: Ausdruck dafür sind die Vorstösse für die Doppelspur zwischen Cham und Luzern, wo er alle Zentralschweizer Nationalrätinnen und -räte hinter sich zu scharen wusste. Und auch für den Zimmerberg-Basistunnel konnte er fast alle Zentralschweizer

Räte und alle sechs Zürcher Ständekandidaten aus allen sechs Fraktionen gewinnen.

Brennende Probleme

Immer noch hängig ist ein Postulat, das die Sistierung der Rüstungszusammenarbeit mit dem ganzen Nahen Osten verlangt. Jo Lang gelang es, 90 Nationalrätinnen und Nationalräte zu überzeugen, unter ihnen den damaligen Präsidenten der Offiziersgesellschaft, Ueli Siegrist, und die damalige Parteipräsidentin der CVP, Doris Leuthard. Auch deren Nachfolger Christophe Darbellay hat unterschrieben.

Besondere Aufmerksamkeit widmet Jo Lang, auch als Kantonalpräsident der Alternativen und langjähriger Revisor des Mieterverbandes, dem brennendsten sozialen Problem: tiefe Steuern führen zu hohen Wohnkosten. Statt gesunder sozialer Durchmischung und sozialem Zusammenhalt droht Zug zu einem Ghetto der Reichen zu werden.

Ein zentrales und offizielles Zuger Anliegen ist die Verschärfung des Waffengesetzes. Im Gegensatz zu Jo Lang haben alle bürgerlichen Bundesparlamentarier gegen die offizielle Haltung des Kantons Zug gestimmt und damit einen positiven Ausgang bei den Abstimmungen zum Waffengesetz verhindert.

Jo Lang nimmt seine Aufgabe ernst, das beweist auch die Tatsache, dass er bei einem Rating über die Anwesenheit im Parlament den dritten Platz unter 200 Ratsmitgliedern einnimmt.

Jo Lang ist für den Kanton Zug die beste Wahl. Er verdient Ihre Stimme für weitere vier Jahre im Nationalrat. Wählen Sie Jo Lang! Wählen Sie

Alternativ! Besten Dank für Ihr Vertrauen!

Mehr als eine Alternative

Für die Nationalratswahl 2007 hat die Alternative Kanton Zug zum ersten Mal zwei Listen. Die sechs Kandidierenden können allesamt einen überzeugenden Leistungsausweis vorzeigen. Die personelle Dichte unserer Kandidierenden ist ein Beleg dafür, dass wir längst mehr sind als eine Alternative. Neben Jo Lang kandidieren auf der Liste «Alternative Kanton Zug» ausserdem zwei starke Frauen: Die Baarer Kantonsrätin Anna Lustenberger-Seitz ist bekannt als profilierte Bildungs-, Familien- und Gesundheitspolitikerin. Und die dynamische Umweltpolitikerin und Gemeinderätin Astrid Estermann hat vor einem Jahr bei den Zuger Stadtratswahlen ein sensationelles Ergebnis erzielt.

Liste «Junge Alternative»

Als Junge Alternative kandidieren eine Frau und zwei Männer, die trotz ihres jugendlichen Alters (unter 26 Jahre) breite politische Erfahrung verkörpern: Lea Zehnder war aktiv im Jugendparlament Zug sowie an der Eidgenössischen Jugendsession und politisierte als jüngstes Mitglied im Grosse Gemeinderat der Stadt Zug. Der Steinhauser Kantonsrat Andreas Hürlimann war ebenfalls Mitglied der Jugendsession in Bern und von 2003-2005 Präsident des Forums Jugendsession; heute ist er im Vorstand der Alternative Kanton Zug. Der Gemeinde- und Kantonsrat Rupan Sivaganesan ist ein überregional bekannter Integrationspolitiker und Co-Präsident der Alternative Stadt Zug. ■



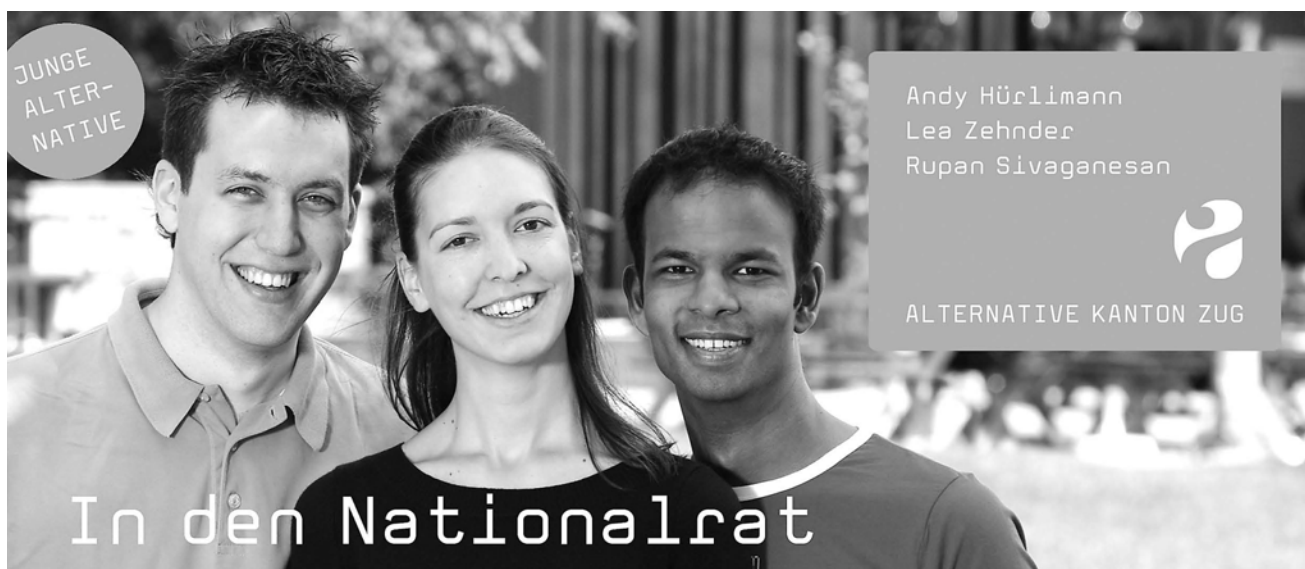
Astrid Estermann
Josef Lang
Anna Lustenberger



ALTERNATIVE KANTON ZUG

In den Nationalrat

Wer wählen geht, hat die Wahl zwischen der Liste 1 «Alternative Kanton Zug»...



JUNGE
ALTER-
NATIVE

Andy Hürlimann
Lea Zehnder
Rupan Sivaganesan



ALTERNATIVE KANTON ZUG

In den Nationalrat

...und der Liste 2 «Junge Alternative». Danke für ihre Stimme!

Panta Rhei*

Patrick Cotti, Regierungsrat | Bild Adelina Odermatt

18 Fragen zur Qualität im Bildungswesen nehmen heute in der pädagogischen Diskussion breiten Raum ein. Kommunikation, Sicherung des Bewährten und laufende Reformen prägen das Aufgabenspektrum des neuen Zuger Bildungsdirektors.

Bereits zu Beginn meiner Arbeit auf der Direktion für Bildung und Kultur DBK kam ich mehrfach in Berührung mit der Frage, wie die Schulen ihre Qualität überprüfen und den Standards entsprechen könnten, welche im Rahmen der Pisa-Studie bereits vor Jahren analysiert worden sind. Im Kantonsrat wurde die sogenannte Q-Vorlage verabschiedet: Sie schafft klarere Strukturen zwischen den strategischen und operativen Ebenen in den Gemeinden sowie zwischen Kanton und Gemeinden.

Schule im Umbruch

Eben hat die EDK das Paket Harmos verabschiedet, die Kantone sind nun zur Ratifizierung des Harmos-Konkordats aufgerufen. Gleichzeitig diskutieren National- und Ständerat die Reihenfolge der Fremdsprachen. Im Kanton Zug lernen die Drittklässlerinnen und -klässler seit zwei Jahren ab der dritten Primarklasse Englisch, in der fünften wird mit Französisch begonnen. Obwohl die politischen Entscheide immer einige Zeit brauchen, so erscheint diese – für Aussenstehende – lange Zeit jeweils den betroffenen Lehrerinnen, Lehrern und Schulleitungsmitgliedern oft nur als knapp ausreichend. Denn: Komplexe Wechsel und Umstellungen, die sich gegenseitig beeinflussen, teilweise gar bedingen, müssen vorerst in einem Überblick angedacht und verstanden werden.

Organisiertes Miteinander

Das Megaprojekt Beurteilen und Fördern B&F wurde in den gemeindlichen Schulen schon weit gehend – und doch in den elf Gemeinden unterschiedlich – angegangen. Ob-

wohl der Kanton darin federführend bleibt, ist er doch darauf angewiesen, dass die Umsetzungen von den jeweiligen Gemeinden, sprich deren Schulleitungen und vor allem auch der Lehrerschaft, getragen und unterstützt wird. Die Konferenz der Rektorinnen und Direktoren der gemeindlichen Schulen, die sich quartalsweise mit dem Amt für Gemeindliche Schulen zur Planung und Aussprache trifft, hat ihre Verantwortung wahrgenommen: Sie fordert eine Gesamtschau über die laufenden Schulentwicklungsprojekte durch die DBK sowie klare Mitsprache und Mitplanung, damit sich auch gemeindeeigene Schulprojekte einbinden lassen. Unmissverständlich pocht die in verschiedenen Stufen organisierte Lehrerschaft der Volksschule auf ein zentrales Anliegen: Lasst uns Zeit für die Umstellungen, wir haben neben Schulentwicklungsprojekten auch unser Tagesgeschäft gut zu erledigen!

Ich bin hoch erfreut über die Mitsprache der Lehrerschaft in den gut organisierten Gruppen. Hier formulieren sich die Anforderungen der Basis, diese muss die theoretischen Ansätze schliesslich umsetzen können.

Ganzheitliches Vorgehen

Damit zeigt sich für mich auch die wichtigste Priorität im weiteren Vorgehen: Es braucht eine ganzheitliche Koordination laufender und anvisierter Projekte in der Schulentwicklung. Die DBK hat primär die übergreifenden Projekte darzustellen und so aufeinander abzustimmen, dass sie umsetzbar sind. Der etablierte gute Umgang zwischen der Konferenz der Rektori-

innen und Direktoren und der DBK ist eine zentrale Stütze in der ganzen Umsetzung, der Kontakt zwischen der Konferenz der Schulpräsidentinnen und -präsidenten und der DBK verfolgt die Koordination der strategischen Vorgaben. Hier läuft ein intensiver Austausch an, denn die Umsetzung der verschiedenen durch den Kantonsrat im Frühjahr beschlossenen Veränderungen in der Volksschule hat nicht nur neue strategische Aufgaben zur Folge (u.a. auch für die Schulkommissionen), sondern direkte gesetzliche Anpassungen, welche die Rahmenbedingungen klären.

Neben den strukturellen notwendigen Anpassungen darf aber nicht vergessen werden, dass Bildung immer Menschenbildung meint, diese hängt mit Entwicklung – primär von Individuen – zusammen. Entwicklung braucht immer auch einen Teil Besinnung: darüber nachdenken, wohin man geht, wohin man sich entwickeln kann und auch will, möglichst gemeinsam in einem gemeinsamen sachlichen Verständnis. «Bildung ist Zündstoff – für die Zukunft» ist mein plakativer Leitspruch, den ich anlässlich der Verteilung der Direktionen bekannt gab. Tatsächlich: Ich bin erstaunt darüber, wie die Entwicklungen der Schule in der Öffentlichkeit heute anders wahrgenommen werden, wie viele Personen direkt mitreden wollen – und auch sollen.

Vielfältige Ansprüche

Hinter der plakativen «Qualitätsentwicklung» steht die tiefgründige Frage, was wir als Qualität unseres Schulwesens und Lernens erachten. Dabei muss die Schnittstelle zwischen Schule und Beruf thematisiert werden können. Die Schule soll aber nicht nur auf den Beruf, sondern auf das Leben generell vorbereiten. Und darin liegt wohl der grösste Zündstoff, hier liegen auch die Meinungsverschiedenheiten

Lernen mit Cotti

Um neben meinen verschiedenen Tätigkeiten in Bildungsrat, Schulkommission der Kantonsschulen, verschiedenen Kommissionen und Gremien nicht die Nähe zum Alltag in den Schulen zu verlieren, habe ich mich entschlossen, im nächsten halben Jahr alle Kindergarten- und Schulstufen der gemeindlichen Schulen zu besuchen und

dort während gut zweier Stunden mitzulernen oder mitzuspielen. Dieses Mitlernen mag auf den ersten Anblick nicht so erfrischend wie «Duschen mit Doris» sein, auf alle Fälle wird es mir helfen, die Situationen im Schulalltag besser zu verstehen und sie – hoffentlich für alle erfrischend – in der strategischen Arbeit integrieren zu können.



Was sollen unsere Jungen lernen, was müssen sie lernen?

der Eltern untereinander, zwischen Eltern und Schulverantwortlichen, aber auch zwischen Schulträgern und politischen Gremien und Exponenten. Ich bin mir sicher, dass die verschiedenen, zum Teil heftig geführten Diskussionen, wichtig und auch immer wieder Erfolg versprechend sind. Was sollen unsere Jungen lernen, was müssen sie lernen? Wissen wir das wirklich? – Ich bin immer wieder überrascht, auch von meinen eigenen Kindern, wie sie die Realität sehen, was sie als lernenswert erachten, wie sie fähig sind, auszuwählen, teilweise auch gänzlich entgegen den Vorstellungen der älteren Generationen. Grosse Freude hatte ich an der Diplomierung der ersten Generation der neuen Zuger Lehrerinnen und Lehrer für die Kindergarten- und Primarschule an der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz in Zug. Vieles steht noch unbeantwortet

offen durch die neue Ausbildung, welche nicht mehr alle Schulfächer umfasst. Viele Fragen sind noch unbeantwortet. Und das freut mich. Denn nichts ist beim Lernen schlimmer, als wenn es keine Fragen mehr gibt.

Schulstandorte

Der Zuger Standort einer eigenen pädagogischen Hochschule im Verbund mit den anderen beiden pädagogischen Hochschulen Schwyz und Luzern, unter dem Direktorat der pädagogischen Hochschule Zentralschweiz, rückt in der politischen Diskussion immer wieder ins Kreuzfeuer. Die Teilschule Zug hat sich gut etabliert, profiliert und vor allem auch die Nähe zu den Zuger Schulen bewahren können. Sie ist allerdings – zusammen mit der Teilschule von Schwyz – nach wie vor teurer als die grössere Teilschule Luzern, allerdings kaum teurer

als die frühere Variante mit drei Seminaren, und sie bringt deutlich mehr Vorteile im Bereiche der Anschlüsse an weiterführende Hochschulen durch ihren Anschluss im tertiären Bildungsbereich. Die Forschungstätigkeit, welche die PHZ in ihrem Auftrag integriert hat, lässt sich immer wieder gut anbinden an Fragestellungen, welche den Kanton Zug direkt betreffen. Dass der Kanton Zug im Schulbereich eigenständige und gute Lösungen findet, hat sich auch beim hochehrföhrlichen Entscheid des Regierungsrates zur Standortfrage von Wirtschafts-, Fachmittelschule und Kurzzeitgymnasium gezeigt: Das Grossschulprojekt im Ennetsee wurde gekippt, Menzingen behält sein spezielles Gymnasium, und an der Hofstrasse in Zug entsteht am angestammten Standort neben der Athene ein ergänzender neuer Schulkomplex. ■ *«Alles fliesst»

Damit Zug Zug bleibt...

Josef Lang, Nationalrat Alternative, Zug

20

Wie lässt sich das grösste soziale Problem im Kanton Zug, die Wohnungsnot, wenn nicht lösen, so doch lindern? Der Präsident der Alternative Kanton Zug macht Vorschläge.

Betroffen vom sozialen Verdrängungsprozess sind vor allem drei Personengruppen. Die grösste Gruppe stellen Familien, die sich die rekordhohen Mieten nicht mehr leisten können und deshalb ins Luzernische, ins Freiamt, ins Säuliamt oder noch weiter weg ziehen müssen. Ausgerechnet die UBS Zug hat deren finanziellen Probleme aufgrund einer seriösen Analyse auf den Punkt gebracht: «Ein einfacher Vergleich zwischen der steuergünstigen Stadt Zug und z.B. der steuerlich teuren Stadt Biel zeigt, dass der Verheiratete mit den 100'000 Franken steuerbarem Einkommen in Biel rund 6'000 Franken pro Jahr weniger für Wohnen und Steuern aufwenden muss als sein Pendant in der Stadt Zug. Ab einem steuerbaren Einkommen von etwa 200'000 Franken lohnt sich aber rein aus finanziellen Gründen die Wohnsitznahme in der Stadt Zug.» (UBS Wealth Management Research, 20.3.2006)

Kanton Zug zu teuer

Relativ gross ist auch die Zahl der Familien, die sich praktisch überall in der Schweiz Wohneigentum leisten könnten – ausser im eigenen Kanton. Hanspeter Uster hat,

als er noch Sicherheitsdirektor war, dieses Problem gegenüber dem Tages-Anzeiger so illustriert: «Ich bewillige praktisch jeden Monat ein Gesuch, damit ein Polizist in einen angrenzenden Kanton ziehen kann, weil er in Zug kein Wohneigentum mehr zu kaufen vermag. Das ist keine gute Entwicklung und ist eine Folge der tiefen Steuern.» (Tages-Anzeiger, 27.12.2006)

Wenig ist die Rede von der dritten Gruppe, den Jungen, welche es sich nicht leisten können, von zu Hause auszuziehen, ohne gleich aus dem Kanton wegzuziehen. Eine wachsende Zahl junger Zugerinnen und Zuger, die eine Familie gründen wollen, können sich dies nur noch jenseits der Kantonsgrenzen leisten.

Beispiel Alpenblick

Wie der soziale Verdrängungsprozess im Kleinen abläuft, erklärte Urs Bertschi, Präsident des Mieterinnen- und Mieterverbandes und der SP Kanton Zug, letzten Juni der Neuen Zuger Zeitung am Beispiel der Sanierung der Überbauung Alpenblick in Cham: «Für Vermieter lohnt es sich, wenn sie renovieren, gleich komplett zu sanieren, den alten Mietern zu kündigen und danach die Mieten entsprechend hoch

zu setzen. Im Alpenblick wurde so ein Teil der Mieter ausgetauscht.» (Neue Zuger Zeitung, 08.06.2007)

Fünf Gründe

Die Mietzinse sind im Kanton Zug vor allem aus fünf Gründen derart hoch: Die Wohnungsnot drückt die Preise nach oben. Der Boden ist im Kanton Zug sehr teuer. Die starke Nachfrage von Leuten, die hohe Preise bezahlen können, hat eine zusätzlich verteuernde Wirkung. Der spektakuläre Zufluss von Firmen, die Platz brauchen, Verkehr schaffen und noch mehr reiche Neuzuzüger nach Zug bringen, macht alles noch teurer. Zu schlechter Letzt ist der soziale Wohnungsbau unterentwickelt; so werden beispielsweise die Wohnbaugenossenschaften auch vom Kanton zu stiefmütterlich behandelt.

«Politiker, tut endlich was!»

Wer das Ohr bei den durchschnittlich verdienenden Bürgerinnen und Bürger hat, weiss, dass der Mangel an Wohnungen sowie die hohen Miet- und Bodenpreise das grösste Problem im Kanton Zug sind. Das deutliche «Ja» der Stadtzugerinnen und Stadtzuger zur «Roost-Vorlage» am 11. März 2007 bestätigt den Befund, der übrigens auch von zugerischen Medien geteilt wird. So lautete die Überschrift über einem Kommentar zur Titelgeschichte «Abwanderung der Mittelschicht» in der Zuger Presse: «Politiker, tut endlich was!» (Zuger Presse, 18.04.2007)

Leider scheinen die bürgerlichen Parteien und Politikerinnen das «gesellschaftliche Leiden» grosser Teile der Bevölkerung zu verdrängen oder überhaupt nicht wahrzunehmen. So erwähnt die kantonale Exekutive in ihren «Regierungsrätlichen Schwerpunkten 2005 – 2015» die Wohnungsnot, die hohen Miet- und Bodenpreise und den sozialen Verdrängungsprozess

Nur 132 Wohnungen frei

Günstige Mietwohnungen sind im Kanton Zug extrem rar – die Suche erfordert Geduld



Das Anschlagbrett im Supermarkt kann zur Wohnung führen.

ANNETTE WIRTHLIN
Im Kanton Zug gibt es neusten Zahlen zufolge rund 47 750 Wohnungen. Gerade mal 132 davon stehen leer. Das sind 0,28 Prozent oder knapp drei Wohnungen von tausend. Der gesamtschweizerische Durchschnitt liegt markant höher. Noch schlechter als in Zug sieht der Wohnungsmarkt einzig im Kanton Genf aus.
Dank reger Bautätigkeit verfügt der Zuger Immobilienmarkt jährlich über 900 neue Wohnungen. Doch die sind für

Leute mit bescheidenem Einkommen kaum erschwinglich. Die Auswahl an bezahlbaren Wohnungen ist bei einem derart tiefen Leerwohnungsbestand praktisch gleich null.

Wohnbaugenossenschaften führen Wartelisten

Doch wer eine Wohnung sucht, muss nicht gleich aufgeben. Wohnungssuchende mit kleinem Portemonnaie können bei Wohnbauträgern anfragen, ob sie über eine freie vom Kanton subventionierte Wohnung verfügen, oder sich auf die War-

teliste einer gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft setzen lassen. Doch dabei ist viel Geduld an der Tagesordnung.

Auf der Warteliste der Baugenossenschaft Familia stehen zum Beispiel konstant rund 30 Bewerber. Doch wer wenig zahlen kann, insbesondere mit Familie, wird bevorzugt. Ähnlich agieren auch andere Genossenschaften. Dennoch: Die Chance ist klein, und viele können nicht warten, bis die Politik reagiert. Immer mehr verlegen ihren Wohnsitz hinter die Kantonsgrenzen. (WIA) SEITE 3

in keinem Wort. Dies ist umso bedenklicher, als sich die Probleme in den kommenden Jahren noch verschärfen dürften. So würden die geplanten Steuersenkungen und die Aufhebung der «Lex Koller» die Immobilienpreise noch mehr nach oben treiben. Vergessen wir nicht, dass reiche Neuzuzüger in aller Regel mehr Platz beanspruchen als durchschnittliche Zuger Familien.

Wohnbau fördern

Der Kanton Zug hat dank dem Wohnraumförderungsgesetz (WFG) vom 30. Januar 2003 ein taugliches Instrument, «Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen» zu fördern. Das WFG ermöglicht es dem Kanton, «den Bau, die Erneuerung, den Erwerb und den Erhalt von preisgünstigem Wohnraum» zu fördern. Leider haben die Sparmassnahmen des Bundes die Wohnbauförderung auch in den Kantonen und Gemeinden gebremst. Aber auch das kantonale Gesetz hat einige Schwachstellen. So wurden im Oktober und im Dezember 2002 meine beiden folgenden Anträge abgelehnt: «Der Kanton kann Bauland erwerben und es an gemeinnützige Wohnbauträger im Baurecht abgeben.» Und: «Die maximale Höhe der Darlehen ist von 4% auf 8% zu erhöhen.» Hier ging es um die zinslosen Darlehen, welche der Kanton gemeinnützigen Wohnbauträgern einmalig als Starthilfe für Bauvorhaben gewähren kann. Die geltenden 4% sind eher ein Almosen als eine echte Starthilfe.

Bauland verflüssigen

Die Baulandhortung, die monetäre Interessen über soziale Bedürfnisse stellt, verschärft die Wohnungsnot und verteuert den Boden und das Wohnen. Als Massnahmen zur Baulandverflüssigung erwähnte die Motion Jean-Pierre Prodolliet vom 25. 11. 2003: «Zu prüfen wäre auch zum Beispiel eine besondere Infrastruktur- oder Planungsmehrwertsteuer,

Stadt Zug, Lüssirain, zentrumsnah, unverbaubare Seesicht und Sicht über Baar, luxuriöse **5½-Zimmer-Attika-Maisonette-Wohnung, Fr. 2,28 Mio.**

190 m² Wohnfläche: **Schlafgeschoss:** Gang mit Einbauschränken. Klimatisierter Masterbedroom 29 m², mit Einbauschränken, integriertem Luxusbad mit Doppelwhirlpoolwanne, Massagedusche etc., alle Armaturen vergoldet. **Terrassengeschoss klimatisiert:** Entree mit Schrankeinbauten, Nebenraum. Luxuriöse Nasszelle mit Dusche etc., Designer-Küche mit Foodcenter etc. Wohn- und Esszimmer mit Doppelsicht Cheminée, angrenzend Bibliothek mit Mahagoni-Einbauten. Alle Räume mit Direktzugang zu teilweise gedeckter Aussichtsterrasse, mit Seesicht und Sicht über Baar und Lindenberg. Ruhig. Nicht störende Kinderspielplätze. Keller, Garage je Fr. 40 000.-. Verfügbar ab März 2008.

Alle Einbauten in Hochglanz Schleiflack «altweiss». Alle Böden in hellem Marmor. Alle Zimmer mit Bilderleisten. Alle Wände in Stucco Veneziano. Treppenhaus in Marmor. Lift. Residence Immobilien AG, Industriestrasse 16 (neben dem Parkhotel), 6300 Zug
Telefon 041 711 67 67, info@resimmo.ch, siehe www.resimmo.ch

484441

welche sofort nach einer Einzonung erhoben wird.» Weiter schlugen Prodolliet und die Mitunterzeichnenden aus der sozialdemokratischen und der alternativen Fraktion vor, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um «unter bestimmten Voraussetzungen ein Freigeben durch Enteignen zu erzwingen». Sinnvoll könnte ein solches Vorgehen sein, «wenn es darum geht, Voraussetzungen zu schaffen für erschwingliche Wohnungen.»

Ideenskizze für eine Doppel-Initiative

Eine Idee für eine Doppel-Initiative möchte ich hier skizzieren: Schaffung eines Wohnbaufonds, der genügend gross ist, gemeinnützigen Wohnbauträgern den Bau von 1000, 1500 oder sogar 2000 Wohnungen zu ermöglichen. Und: Beschaffung der finanziellen Mittel über die Abschöpfung arbeitsloser Planungsgewinne. Alternativ zur Fonds-Initiative wäre eine andere Variante denkbar: Der Kanton erhält den Auftrag, aktiv Bauland zu erwerben, um dieses gemeinnützigen Wohnbauträgern im Baurecht zur Verfügung zu stellen.

Rechtlich schwieriger dürfte eine sozial sinnvolle Vorschrift wie die folgende umzusetzen sein: In jeder neuen oder renovierten Überbau-

ung muss ein bestimmter Anteil der Wohnungen derart preisgünstig sein, dass sich auch Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen eine solche leisten können. Dies wäre optimal für die soziale Durchmischung unseres Kantons.

Öffentliche Diskussion vorantreiben

Die Liste der Vorschläge ist unvollständig, diese selber sind zu konkretisieren. Wichtig ist, dass sie eine öffentliche Diskussion unter allen Zugerinnen und Zugern in Gang setzen. Und dass dem Denken und Reden das Handeln folgt. Politisches Handeln in einer direkten Demokratie heisst in der Regel «Volksinitiative». Dabei müssen wir uns alle bewusst sein: Damit Zug Zug bleibt und nicht zu einem Monaco wird, reicht ein kleines Schritchen nicht. Es braucht etwas Grösseres und Griffiges. ■

Dieser Text ist die gekürzte Version eines Schreibens, das Josef Lang am 23. August 2007 an den Mieterinnen- und Mieterverband, die Wohnbaugenossenschaften, die Gewerkschaften, die SP, CSP und Einzelpersonen richtete. Der vollständige Text findet sich auf www.alternative-zug.ch.

Spekulieren wird billiger

Berty Zeiter, Kantonsrätin Alternative Fraktion, Baar | Bild Adelina Odermatt

22

Fast unbemerkt von der breiten Bevölkerung wurde mit der Überarbeitung des Grundbuchgebührentarifs erneut eine massive Steuerentlastung für die Vermögenden vorgenommen.



Grosse Immobilienbesitzer profitieren, kleine Zahlen mehr und Gemeinden verlieren Millionen.

Bislang wurde der Tarif für Handänderungen und weitere grundbuchamtliche Vorgänge in Promillen des Grundstückwertes berechnet. Neu wird der Aufwand auf dem Grundbuchamt mit einem fixen Ansatz von Fr. 180.- pro Stunde in Rechnung gestellt. Damit hat die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat die Berechnung auf Steuerbasis (Gemengsteuer) abgeschafft und eine reine Gebührenregelung eingeführt.

Privilegien am falschen Ort

Das bedeutet konkret: Wenn ein einfacher Handwerker eine kleine Wohnung für eine Viertelmillion Franken kauft, wird ihm das Grundbuchamt jede Viertelstunde für Abklärungen, Bereinigungen und die Handänderung verrechnen. Verkauft aber eine Immobiliengesellschaft eine Areal-Überbauung mit Dutzenden von Wohnungen für Dutzende von Millionen Franken, wird sie auch nur die Auf-

wendungen des Grundbuchamtes bezahlen müssen. Auf den Wert des Grundstücks kommt es nicht mehr an, obwohl gerade bei grossem Grundbesitz das Interesse an der dauernden Sicherstellung des privaten Eigentums ebenfalls steigt. Die Alternative Fraktion hat sich gegen diesen einschneidenden Systemwechsel vehement gewehrt. Es ist gerechtfertigt, wenn ein Steueranteil in den Grundbuchgebühren eingebaut ist. Denn jedes Eigentum bekommt und behält seinen Wert erst durch die hohe Rechtssicherheit, die durch eine zuverlässige Grundbuchführung geschaffen wird. Darum ist die neue Regelung ungerecht, da die Besitzenden nicht im Verhältnis zu ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit etwas zurückgeben.

Es ist auch sozial, wenn Geschäfte mit kleinerem Wert weniger kosten als jene mit hohem Wert. Der Wechsel zum reinen Gebührensystem ist deshalb unsozial, denn er trifft die

finanziell Schwächeren härter und bevorzugt die bereits Privilegierten nochmals.

Massive Einnahmehausfälle

Zudem wäre es fair, auf die Gemeinden – und speziell auf die finanzschwächeren – Rücksicht zu nehmen. Wir beurteilen es als unfaire Vorgehensweise, wenn trotz anders lautender Absprache im Rahmen der neuen Zuger Finanz- und Aufgabenreform ZFA den Gemeinden Einnahmen in Millionenhöhe und das ohne Kompensationsmöglichkeit gestrichen werden. Denn bis jetzt konnten die Gemeinden am Ertrag aus der Handänderungsgebühr zur Hälfte partizipieren. Die Einnahmen aus den Gebühren jedoch werden bloss noch die Kosten des Grundbuchamtes decken. Deshalb haben in der Vernehmlassung auch die Gemeinden kein Verständnis aufgebracht für die von der bürgerlichen Mehrheit vorgenommene klare Steuersenkung.

Der Kanton Zug hätte es nicht nötig, Steuern auch dort abzuschaffen wo absolut kein Druck und Zwang dazu besteht. Gerade im Bereich der Grundbuchgebühren herrscht kein Wettbewerb, und es existiert weder auf nationaler noch internationaler Ebene ein Druck zur weiteren Senkung des Tarifs. Der Druck kommt einzig und allein von Seiten privater Immobilienbesitzerinnen und Immobilienbesitzer und ihrer Lobby im Kantonsrat.

Die Umstellung auf das Gebührensystem privilegiert über Gebühr – im doppelten Sinn! – verhältnismässig wenige vermögende, natürliche und juristische Personen. Die daraus resultierenden Einnahmehausfälle sind von den weniger Begüterten und der Allgemeinheit zu kompensieren. Dass bürgerliche Kantonsräte diesen Mechanismus in der kantonsrätlichen Diskussion noch als eine Zunahme an Gerechtigkeit bezeichneten, ist eine Zumutung. ■

Baum mit vielen Wurzeln

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Die Alternative Kanton Zug stehen auf dem Boden der Realität. Möglichst viele Wurzeln garantieren die Standfestigkeit auch in stürmischen Zeiten. Darum hat sich der Grünspecht auch diesen Baum zu seinem Zuhause gewählt.



Grünspecht – ein kritischer Vogel.

Was ist von Politikern der etablierten Parteien nicht alles über die Grünen und Alternativen gesagt worden: Ein kantonaler Parteipräsident prognostizierte den Alternativen nach dem Rücktritt von Hanspeter Uster aus dem Regierungsrat den baldigen Untergang. Und ein schweizerischer Parteipräsident meinte gar einmal, neben der SP habe es keinen Platz für eine andere linke Partei. Sie haben sich alle getäuscht: Grüne und alternative Kräfte legen seit mehreren Jahren bei fast allen Wahlen zu. Die Sorge um die Umwelt ist zur Hauptsorge der Menschen geworden. Das stärkt die Grünen. Ihre Stärke liegt aber auch in ihren vielen Wurzeln begründet.

Ökologie

Die Sorge um den Lebensraum ist die wichtigste Wurzel heute. Die Atomkatastrophe in Tschernobyl, die schleichende Zerstörung der Alpentäler durch den Verkehr (Alpeninitiative), die Zerstörung der Regenwälder, das rasante Abschmelzen der Gletscher sowie die vielen Überschwemmungen – all diese Ereignisse und Entwicklungen rütteln die Menschen auf. Der Schutz der Natur hat viel mit Werthaltungen zu tun: In neoliberalen Kreisen (Rohstofffirmen etwa) wird die Erde vor allem als ausbeutbares Lager für schnelle Gewinne betrachtet. Anders, wer aus einer ethischen Position oder vom christlichen Gedanken gut her die Welt betrachtet: Es gilt zur Schöpfung Sorge zu tragen. Der Allmacht des Menschen sind Grenzen gesetzt (Gentechnologie). So nähren auch christliche und bäuerliche Wurzeln (Bio-Landbau) den alternativen Baum.

Gleichheit und Freiheit

Jeder Mensch – ob Mann, Frau oder Kind – hat das Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit; daraus sind weitere Wurzeln zu erkennen. Die Emanzipation der Frau gehört ebenso dazu wie die Chancengleichheit in Bildung und Beruf oder das Recht auf eine bezahlbare Wohnung. Nicht jeder Mensch ist gleich – zum Glück nicht, sonst wäre das Leben ja eintönig – aber jeder Mensch muss die gleichen Chancen haben. Chancengleichheit heisst Abbau von Privilegien und Vorrechten. Kämpften früher die Liberalen noch gegen die Privilegien des Adels oder der Zünfte, so schwei-

gen sie heute, wenn es um die Pfründe des Geldadels geht. Dabei sind die Ungleichgewichte innerhalb der Gesellschaft und die weltweite Kluft zwischen Arm und Reich die Totengräber der Freiheit. Was ist das für eine Freiheit, wenn die alleinerziehende Mutter nicht weiss, wie sie die nächste Zahnarztrechnung für ihr Kind bezahlen soll? Was ist das für eine Freiheit, wenn Blumenarbeiterinnen oder Minenarbeiter in Südamerika ausgebeutet werden? Was ist das für eine Freiheit, wenn die Kinder der 3. Welt die Spielzeuge unserer Kinder herstellen? Die Fragen belegen es; der Kampf der Zuger Alternativen für eine gerechtere Welt ist ein urliberales Anliegen. Freiheit ohne Solidarität – das wäre Egoismus pur.

Globale Solidarität

Mit dem Beispiel des ausgebeuteten Minenarbeiters ist es angetönt; die Alternativen haben ihre Wurzeln auch in der globalisierungskritischen Bewegung. Die Welt wächst immer mehr zusammen, die Distanzen werden kleiner, die Kommunikation verändert vieles – sie macht die Welt zum Dorf. Gerade darum darf es nicht sein, dass ein paar Dorfvorsteher (G-8) über das Schicksal aller entscheiden. Die Mächtigen der Welt bestimmen auch über Krieg und Frieden in diesem Dorf. Immer mehr Leuten ist aber klar, mit Waffengewalt lassen sich keine Probleme lösen. Im Gegenteil. Die weltweite Friedensbewegung ist eine wichtige Wurzel für die Alternativen.

Die Aufzählung der vielen Wurzeln kann nicht vollständig sein. Jedes Mitglied bringt seine Erfahrungen in die Alternative ein. Die Vielfalt der Wurzeln verleiht dem Baum die gute Stabilität. Weit über die Wahlen 2007 hinaus. ■

Religion und Macht

Redaktion BULLETIN

24

Trotz anspruchsvollem Beruf und Nationalratsmandat findet Josef Lang weiterhin Zeit für wissenschaftliche Publikationen. Ein Sammelband vereinigt Beiträge zur Wechselwirkung von Glauben und Politik in seiner Wahlheimat Zug.

«Sakrales und Profanes aus dem Zugerland» enthält sechs Aufsätze des promovierten Historikers Josef Lang aus der Zeit zwischen 1998 und 2002, die an verschiedenen Orten erschienen sind, unter anderem auch in der NZZ. Es mag erstaunen, dass die Geschichte des Katholizismus den areligiösen Politiker immer wieder an- und umtreibt. Seine jugendliche Tätigkeit als Messdiener im Freiamt mag das Interesse dafür geweckt haben.

Bräuche und Missbräuche

Breiten Raum beanspruchen im Buch kirchliche Bräuche und Rituale, insbesondere die Zuger Landeswallfahrten nach Einsiedeln sowie die Gubelfeiern zur Erinnerung an die Schlacht vom 24. Oktober 1531 zwischen Katholiken und Reformierten, die Lang als Massaker der Sieger an den Unterlegenen einstuft. Er, der sich selber gerne an Auffahrt dem Pilgerzug nach Einsiedeln anschloss, spart bei aller Würdigung der Glaubensinhalte nicht mit Kritik an oft damit verbundenen politische Instrumentalisierungen. Bundesrat Etter (1891–1977), ein typischer Vertreter der schwächsten Zeit der Schweizer Geschichte, war ein Meister in diesem Fach. Noch immer thront sein Konterfei auf einem Ehrenplatz im Kantonsratssaal, während Georg Joseph Sidler (1782–1861), der sich um Zusammenhalt und Unabhängigkeit der modernen Schweiz enorme Verdienste erworben hat, keinerlei öffentliche Würdigung zuteil wird.

Aufgeklärtes Menschenbild

Es ist uns nicht bekannt, ob Jo politische Vorbilder hat. Wenn ja, gehört bestimmt der liberale Zuger Georg

Josef Sidler dazu, dem die Neue Zürcher Zeitung vom 1. Januar 1843 folgende Qualitäten attestierte: «ein Mann mit gründlich wissenschaftlicher Bildung, unabhängigem Charakter, Festigkeit des Willens, Tatkraft und vaterländischem Sinne, der von einem höheren politischen Standpunkte aus in die Angelegenheiten unseres kleinen Landes wohlthätig wirkend, fördernd und belebend eingriff». Unbeirrbarkeit und überzeugende Argumente prägen auch Langs politisches Engagement. Einmal war es ihm sogar vergönnt, an höchster Stelle in Bundesbern eine «Fehlbesetzung» zu verhindern: Den Vorsitz in der Historikerkommission zur Aufarbeitung der Schweizer Geschichte im Zweiten Weltkrieg übernahm letztlich nicht der dafür nominierte Urs Allematt, sondern ein emeritierter Professor namens Jean-François Bergier. Allematt sah sich nach Langs Intervention dem begründeten Vorwurf ausgesetzt, er habe in seinen Forschungsarbeiten zur Geschichte des Katholizismus in der Schweiz den immanenten Antisemitismus beharrlich ausgeblendet und sei demzufolge kein Garant für eine objektive Aufarbeitung der schweizerischen Flüchtlingspolitik.

Alter und neuer Klerus

Nahe liegend und gleichermassen brisant wie aktuell ist im Schlusskapitel der Vergleich zwischen altem und neuem Klerus. Während sich im 19. Jahrhundert die Geistlichkeit in der Sabotage aller Bestrebungen zur Bildung eines Bundesstaates gefiel und von Niederlassungsfreiheit für Andersgläubige nichts wissen wollte, versteht es in unserer Zeit die Kaste der Treuhänder und Wirt-



schaftsanwälte vortrefflich, sich in Schlüsselstellungen einzuschleusen und ihre monetären Sonderinteressen als Segen für alle Zugerinnen und Zuger darzustellen.

Langs spannend erzählte Episoden und ergänzenden Analysen fallen in eine Zeit, wo Intoleranz, Heuchelei, Ab- und Ausgrenzung wieder Hochkonjunktur haben. Dazu passt auch das aktuelle Machtgehabe Roms mit seinem Anspruch, die einzig wahre christliche Kirche zu sein und sich damit zur grössten Sekte der Welt zu stempeln. ■

Literaturangabe:

Josef Lang, *Sakrales und Profanes aus dem Zugerland – Beiträge zur Religions- und Kulturgeschichte*, Bannverlag (www.bannverlag.ch), Zug 2007, 134 Seiten, 19 Abbildungen, ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis, CHF 22.-



Aus der journalistischen Froschperspektive berichten derzeit die meisten Medien über die ganze «**Bloschacher**»-Geschichte.

Dabei reichte eigentlich der IQ eines Primarschülers und zweimal genau hinsehen, um zu merken, dass die SVP mit ihrer sorgfältig getimeten «Geheimplan-Kampagne» aus der Not eine Tugend gemacht hat. Dass der Herrliberger Oberbundesrat beim Wegmobben des Bundesanwaltes die Gewaltentrennung mit Füßen getreten und den teuren Abgang am Bundesrat vorbei geschleust hat, wird hinter einer **dicken Nebelwand** verschleiert und die Nationalratswahlen mit einer millionenteuren Werbekampagne zu einem Plebiszit für oder gegen Blocher umgebogen.

Das hat den für die SVP angenehmen Nebeneffekt, dass die WählerInnen die SVP-KandidatInnen gar **nicht näher** anschauen...

Nicht ganz so geschickt wie die Schweizer SVP ist die Zuger FDP. Statt im Blocher-SVP-Schlafwagen in einer kleinen Listenverbindung mitzufahren, wurde sie nun **von der eigenen Rhetorik** für eine grosse Listenverbindung **erschlagen**. Nachdem nämlich die CVP abgewunken hatte, wurde es plötzlich still um die grosse bürgerliche Einheit und die

SVP, welche auf die FDP siehe-oben-sei-dank nicht angewiesen ist, beendete das Kuscheln mit der FDP sang- und klanglos.

Jetzt muss die FDP die CVP an der Urne schlagen, um den Nationalratsitz zurückzuholen. Der **freisinnige Generalstab** hat einfach nicht begriffen, dass Geri Pfister eigentlich in die SVP gehörte und diese das zu schätzen weiss.

Das weiss auch die Zuger CVP. Um doch einigermaßen glaubwürdig als Mittepartei zu firmieren, wird **Pfister** eher in den Hintergrund gerückt und mit eher etwas mittigen bis fortschrittlichen ExponentInnen drapiert. Peter Rust ist die Ausnahme von der Regel. Auf die grosse Listenverbindung wird verzichtet. Alles in der Hoffnung, niemand merke, dass zwar «**Mitte**» **drauf steht**, aber dank Nationalratsproporz **Pfister dabei herauskommt**.

Vielleicht hilft den MitbewerberInnen, die es ernst meinen mit Klimaschutz und ökologischen Massnahmen, aber auch die Information, dass ausser den 12 KandidatInnen der Linken niemand sonst das **Umweltrating** (www.umweltrating.ch) ausgefüllt hat (Stand 12.9.2007). Scherer und Pfister, die als Bisherige gewertet werden konnten, gehören mit 0% und 5% zu den heissesten Klimawärmern.



Und hilfreich für die Entscheidungsfindung mag auch das Statement von CVP-Nationalratskandidatin Britt Feddern-Hess sein, die sich für den «(Ersatz-) Bau von Grosskraftwerken (**KKW**)» ausgesprochen hat. Beachte die Mehrzahl!

Ein bisschen **cleverer** ist die FDP-Hoffnung Andreas Kleeb – der vermeidet das Wort Kernkraftwerk sorgfältig, und seine Texte müssen schon sehr sorgfältig gelesen werden, um im Kontext heraus zu finden, was gemeint ist: Lieber die AKW im eigenen Land stehen haben als in Frankreich. Ist also auch nichts mit grün...

Die Hoffnung Kleeb besteht übrigens darin, der FDP via persönliche Stimmen genügend **Parteistimmen** zu generieren, damit es Andrea Hodel doch noch nach Bern reicht. Siehe Nationalratsproporz.

Schade, eigentlich. Denn wenn die FDP oder die CVP tatsächlich durch eine Mitte-Frau oder einen Mitte-Mann in Bern vertreten würde, wäre das **Gleichgewicht** hergestellt und die Nationalrats-Abordnung in Zug würde mit den Abstimmungsergebnissen im Kanton wieder einigermaßen korrespondieren.

Die überzeugendste Antwort auf die Frage nach

ihrer Qualifikation für den Nationalrat lieferte die SVP-Rechtsanwältin Elvira Caratsch Storchenegger: «**Ich bin gebürtige Schweizerin**». Zum Glück ist die Frau nur Ersatz am Zuger Obergericht...

Den Preis für den intelligentesten Werbetext bekommt Philip C. Brunner. Originalzitat aus den ästhetisch höchsten Ansprüchen genügenden Zuger Woche **Inserat** des swisshotel Hotelier: «Arbeiten Sie? Haben Sie etwas Geld zur Seite gelegt? Wollen Sie auch später noch etwas von Ihrem Ersparnen? Dann müssen Sie SVP wählen! Denn die Linken haben es auf Ihren Lohn und Ihr Bankkonto abgesehen.»

Immerhin ist Brunner für Transparenz: In der rechten unteren Ecke des Inserates steht es – «Inseratesponsor: swisshotel zug». Merke: Als Belohnung für den Motelbedingten Abschluss als Nationalrats-Hauptlistenkandidat darf Brunner nun **sich selber sponsern** und mit der Unternehmer-Wasserträgerliste der SVP den selbstlosesten und gescheitesten Nationalrat in der Zuger Geschichte noch einmal in den Nationalrat hieven helfen.

SVP – die Partei, die immer wieder Schwein hat. ■



26

FliZ-Programm im
Kino Gotthard

**Montag, 8. Oktober 2007,
20:00 Uhr**



MOOLAAD – *Bann der Hoffnung*, ein Film von Ousmane Sembène 2004, Senegal/ Burkina Faso / Marokko / Kamerun / Tunesien

Der Schriftsteller und Regisseur Ousmane Sembène, auch als «afrikanischer Brecht» bezeichnet, starb dieses Jahr 84-jährig. Aus diesem Grund zeigen wir seinen letzten engagierten Film, ein Plädoyer gegen die rituelle Mädchenbeschneidung. Es ist der zweite Film seiner unvollendet gebliebenen Trilogie «Heldentum des Alltags».

Vier Mädchen suchen Schutz im Wohnhof einer Familie am Vorabend vor der zeremoniellen Beschneidung. Collé, eine der drei Ehefrauen von Ciré Bathily, ist als sehr mutig bekannt, weil sie ihre eigene Tochter bereits vor dem Schicksal bewahrt hat und sie benutzt nun ebenfalls einen alten Brauch: Sie spannt ein Band quer vor den Hofeingang, «Moolaadé» genannt, das den Hof zur Schutzzone macht. Daraus entwickelte sich die dramatische Geschichte, wie man die

Mädchen herauslocken kann, ohne die Schutzzone und die traditionelle Ordnung in Frage zu stellen. Ein Mädchen flieht und stirbt am Tag nach dem Eingriff, Collé soll mit Gewalt zur Vernunft gebracht werden und wird vor dem versammelten Dorf ausgepeitscht. Ein fliegender Händler, der eingreift, wird gelyncht. Mit viel Symbolik werden die Transistorradios der Frauen, als bösen Einfluss von aussen, eingesammelt und verbrannt, aber wie afrikanische Griot-Geschichten immer endet: Collé hebt den Bann auf, die Beschneiderinnen müssen ihre Messer abgeben und die Frauen feiern tanzend ihren Sieg. Es geht natürlich nicht einfach um eine Geschichte, sondern um die knallharten Fakten, die eine WHO mit bis 170 Millionen Mädchen und Frauen angibt, die von der Genitalverstümmelung betroffen sind. Zwar ist sie in vielen Staaten verboten, wird aber trotzdem natürlich weiter ausgeführt, trotz der gesundheitlichen Risiken und dem Deckmantel der Religion.

November ist noch nicht fixiert



Es könnte aber, wenn uns alles glückt «**DIE EISERNE MAUER**» gezeigt werden von Mohammed Alatar, das wäre die CH-Premiere eines Films aus Palästina. Es geht um das israelische Siedlungsprogramm, das dem Konflikt zugrunde liegt. Kein ideologischer Film, es kommen alle Parteien zu Wort. PS. Einen Vorgeschmack dazu liefert die Ausstellung in Baar ab 7. September in der Galerie Z über «Geschriebene Bilder», die ebenfalls unter anderem die palästinensische Mauer thematisiert mit einem Text aus dem Du, Sept. 06.

**Montag, 10. Dezember,
20:15 Uhr**



zeigen wir am Menschenrechtstag zusammen mit ai, dem Integrationsnetz u.a. den Film «**BLACK DEUTSCHLAND**» von Oliver Hardt. Eine subtile Studie über das Denken und Fühlen einer gar nicht so kleinen Minderheit in Deutschland. Oliver Hardt portraitiert schwarze Kulturschaffende, die auf reflektierte und auch humorvolle Weise eine Idee davon vermitteln, was es heute heisst, in einer Gesellschaft zu leben, die sich als «weiss» definiert. Der Regisseur ist anwesend!■



FR, 28. September: Gründung Alternative Baar
19:00 Uhr, ZUWEBE, Baar/Inwil
Referat: NR Josef Lang
Titel: Wohnen im Kanton Zug - ein Luxus?

SA, 29. September: Grosser Alternativer Aktionstag in Zug
10.00-16.00 Uhr Metallplatz (Richtung Neustadt-Center) und
9.00-12.00 Uhr Landsgemeindeplatz

MI, 3. Oktober: Alternative Monatsbar
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen Gleis 3 Rotkreuz

FR, 5. Oktober: Gründung Alternative Stadt Zug
18:30 Uhr Stadtrundgang, Treffpunkt: Bahnhofplatz
20:00 Uhr Gründungsanlass, Huwilertur

SA, 6. Oktober: Stamm Krifo Alternative Cham
8.00-10.00 Uhr Café Neudorf

SO, 21. Oktober: Nationalratswahlen
Wahlfest, Alternative Kanton Zug
ab 15:00 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstr. 33, Zug

SA, 3. November: Stamm Krifo Alternative Cham
8.00-10.00 Uhr Café Neudorf

MI, 7. November: Alternative Monatsbar
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen Krifo Cham

SA, 1. Dezember: Stamm Krifo Alternative Cham
8.00-10.00 Uhr Café Neudorf

DI, 4. Dezember: MV der Frischen Brise Alternative Steinhausen
zu den Traktanden der Gemeindeversammlung

MI, 5. Dezember: Alternative Monatsbar
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen Freie Wähler Menzingen

MO, 10. Dezember: Swissblacks: Schwarze Menschen in der Schweiz - eine sichtbare Realität.
18:30 Uhr, Vernissage im GIBZ, Baarerstrasse 100, Zug. Die Ausstellung läuft bis zum 20.12.2007
20:15 Uhr, Film «Black Deutschland» im Kino Gotthard



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative Kanton Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Forum Oberägeri
Andreas Kuhn
Lutisbachweg 9,
6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
forum-oberaegeri@my-mail.ch

Freie Wähler Menzingen
Pia Rhyner, Präsidentin,
Eustr. 16, 6313 Menzingen, Postfach 112,
6313 Menzingen
www.fw-menzingen.ch
pia@fw-menzingen.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen
Postfach 123,
6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
ursfalk@bluewin.ch

Gleis 3 Risch-Rotkreuz
Hanni Schriber,
Unterer Haldenweg 5,
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

Krifo Alternative Cham
Esther Haas,
Sonneggstrasse 11,
6330 Cham
haas-pousaz@gmx.ch

Alternative SGA Zug/Baar
Postfach 4805, 6304 Zug
www.sga-zug.ch
info@sga-zug.ch

Alternative Fraktion im Kantonsrat
www.alternativefraktion.ch



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Bulletin Nr. 3, September 2007, erscheint viermal jährlich.
Herausgeber: Verein DAS BULLETIN
Adresse: BULLETIN Alternative Kanton Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: bulletin@ch.inter.net
Redaktion: Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Hansjörg Glauser, Philippe Koch, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber
Produktion: DMG Zug
Gestaltungskonzept: S.H.E.D.
Belichtung und Druck: DMG Zug
Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)
Nutzauflage: 1400 Ex.
WEMF bestätigte Aufl.: 1038 Ex.
Abonnement: Fr. 25.-
Kleinverdiener Fr. 10.-
Unterstützungsabo: Fr. 50.-
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-
Einzahlungen auf: Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6
Redaktionsschluss Nr. 4/2007: Freitag, 7. Dezember 2007
Erscheinungsdatum: Donnerstag, 20. Dezember 2007

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter
www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:
Alternative Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug

